

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7590.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelassene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Druckerei: Rindl & Hoyer, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. Juni 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Nationalliberalen und die Socialpolitik.

In der eben abgelaufenen Reichstags-Periode hat, was socialpolitische Fragen anbelangt, die Haltung der Nationalliberalen mehr Aufmerksamkeit erregt, als eigentlich der Kopfzahl dieser Fraktion entspricht. In ihrer Mitgliederzahl (48) steht diese, einst parlamentarisch maßgebende Fraktion heute hinter allen großen Parteien zurück: hinter dem Centrum, den Socialdemokraten, den Deutschkonservativen, ja sogar hinter den Freisinnigen, wenn man freisinnige Vereinigung und Volkspartei und deutsche Volkspartei als ein gleichartiges Ganzes ansieht. Was den Blick häufiger wie sonst auf die nationalliberale Partei lenkte, war darum nicht das Schwergewicht ihres parlamentarischen Einflusses, sondern lediglich das stärkere Hervortreten von Strömungen, in deren Bekämpfung gerade die Nationalliberalen bisher so oft in erster Linie standen.

Es ist noch gar nicht lange her, daß man, um die Gesinnung dieser Partei gegenüber der deutschen Arbeiterklasse zu kennzeichnen, regelmäßig auf eine, niemals zu verwechselnde Erinnerung hinwies: auf die Umsturzvorlage, deren geistige Urheber und lauteste Befürworter einige mißvergünstigte Nationalliberale gewesen waren, denen vielleicht ein Regierungswechsel mehr wie ein neues Ausnahmengesetz am Herzen lag, die jedoch die Rasse ihrer Parteifreunde in ihr ebenso niedriges wie brutales Treiben mit hineinziehen verstanden. Die fürchterliche moralische Niederlage dieser Politik, erst vor der weitesten Öffentlichkeit und dann vor der Volksvertretung, verfehlte ihres Eindringens nicht. Auf dem Berliner Delegiertentag von 1896 sprach man sich einstimmig für ein „Reichs-Vereinsgesetz auf liberaler Grundlage“ und vor allem für die schleunigste Aufhebung des Verbotes aus, welches die politischen Vereine an der Verbindung mit einander hindert; jedem Versuche einer reaktionären Gestaltung der Vereinsgesetzgebung wie einer Einschränkung des Koalitionsrechts wird die nationalliberale Partei entgegengetreten. Herr von der Rede als Reformator des preussischen Vereins- und Versammlungswesens scheiterte denn auch an den Nationalliberalen, obwohl die zwei Seelen in der Partei abermals erkennbar zum Ausdruck kamen. Die rheinischen Schlotjunfer suchten den Kaiser scharf zu machen, unter Umgehung der verantwortlichen Minister und ohne daß der unglückliche Herr Drefeld sich entrüstete und mannesmütig protestierte. Herr Bued, der bezahlte Agitator des Centralverbandes — man gestatte uns die Redeweise des vielgenannten Mannes — hatte von vornherein erklärt, daß er sich mit dem Redekleinod Gedanken eines „kleinen Socialistengesetzes“ wohl befreundet könne, so lange ein „großes“ Gesetz dieser Art vom Reichstag nicht zu haben sei. Viele andere Aeußerungen, vor allem in der großindustriellen Presse, bewegten sich in derselben Richtung. Indes mußte die Minderheit, die früher als Mehrheit gewöhnlich ihren Willen durchgesetzt hatte, sich damals schon damit begnügen, die Faust in der Tasche zu ballen und auf bessere Zeiten zu hoffen.

Diese sind nicht gekommen. Die Reichstagswahlen haben sogar diesen Läuterungsprozeß in beschleunigtem Zeitmaß weitergeführt und der außerordentlich starke Personalwechsel in der Fraktion erleichtert es offenbar, neue Anschauungen entschiedener wie bisher zur Geltung zu bringen. Auch das stärkere Hervortreten des süddeutschen Elementes in der Fraktionsführung wirkt im gleichen Sinne. Die längere Gewöhnung an ein lebhaftes politisches Leben mit demokratischer Beimischung, die geringere Schärfe der heimischen Klassen-gegenstände läßt die Süddeutschen weniger zu Kraftproben und Gewaltmaßnahmen aufgelockert sein, wie die rheinisch-westfälischen Orbenlords, die über Armeen von fremdhergeholten Lohnarbeitern ihre Sklavenpeitsche schwingen.

Schon in den ersten Budgetdebatten gab sich der Nationalliberalismus nicht mehr als der alte. Herr Wassermann vertrat ein ganzes socialpolitisches Programm: ein Reichs-Arbeitsamt, dem die Behandlung der socialpolitischen Angelegenheiten zu unterstellen sei, um das Tempo der Reformen zu beschleunigen — Arbeitskammern als gemeinsame Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter zur Regelung des Arbeitsnachweises und zur Schaffung eines unparteiischen Einigungsverfahrens bei Streiks — Fortbildung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Die Notwendigkeit der vollen Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts sei anzuerkennen; den Berufsvereinen müsse die legitime Bewegungsfreiheit zuerkannt werden. Diese Erklärung war sicherlich nicht ohne Bedeutung; auch der socialdemokratische Staatsredner räumte das bereitwillig ein. Wenn man sie jedoch zunächst für wenig mehr wie eine gefällige Schaustellung und ein Schwelgen in unverbändlichen Versprechungen hielt, so lag das einfach an der aus dem Gedächtnis nicht wegzutöschenden Erinnerung an die nationalliberale Vergangenheit. Auf erstere innere Wandlungen wies eigentlich erst hin der versteckte Angriff Möllers gegen socialpolitische „Aberkennung“ und gegen die „Anfeuerung zu schnellerem Tempo“, sein Rufen nach einer Erweiterung des § 153 der Gewerbe-Ordnung, um der Terrorisierung der Arbeitswilligen zu wehren — und die Lags darauf erfolgende scharfe Abwehr des Freiherrn Seyl zu Herrnsheim, der nicht nur Herrn Bued, den Censor der Partei in der „Deutschen Industrie-Zeitung“, gründlichst abschüttelte, sondern auch an die Adresse des Herrn Möller bemerkte:

Ich habe gegenüber Ausführungen, die gestern hier stattfanden, festzustellen, daß die socialpolitischen Grundsätze, welche der Herr Abgeordnete Wassermann bei seiner Etatsrede hier vorgetragen hat, nach vorausgegangener Verständigung mit der großen Mehrheit meiner Fraktion festgesetzt sind, und daß in diesen Grundsätzen auch andere Auffassungen, wie sie gestern in der Debatte hier zum Ausdruck kamen, für meine Fraktion keinerlei Veränderung herbeiführen können.

Derartige Desabouierungen gehören sonst nicht zum täglichen Brot der Parteien. Später brachen die äußerlich verkleisterten, aber innerlich unüberwindlichen Gegensätze nochmals bei der Beratung der Arbeiterkammer-Anträge hervor. Wortführer des alten großkapitalistischen Flügels war diesmal der Abgeordnete Büsing, ein mecklenburgischer Liberaler von nicht gewöhnlicher Sachverständnis in Bank- und Handelsfragen, der sich früher auch mancher persönlichen Sympathien in nicht-nationalliberalen Kreisen rühmen konnte, den indes das zunehmende Alter und eine fünfjährige unfreiwillige Zurückgezogenheit vom parlamentarischen Leben mehr und mehr in eine verbissene Feindschaft gegen die Arbeiter hineingetrieben zu haben scheint. Auch die, mit den schwersten Accenten vorgetragene Erklärung Büsings war recht ungewöhnlicher Art:

Meine Herren, die heute hier wieder zur Verhandlung stehenden socialpolitischen Fragen, namentlich die von einem Teile meiner politischen Freunde gestellten Anträge, haben in weiten Kreisen große Erregung hervorgerufen. Meine politischen Freunde, welche die Anträge eingebracht haben, haben bei der Begründung derselben zwar keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht namens der ganzen Fraktion, sondern nur namens der Unterzeichner der Anträge gesprochen haben.

(Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)
 Angesichts der großen Bedeutung der Fragen und angesichts der erregten Erörterung derselben in der Presse halte ich es aber doch für geboten, vor der Öffentlichkeit noch ausdrücklich zu konstatieren, daß ein großer Teil meiner politischen Freunde und ich in socialpolitischer Beziehung einen abweichenden Standpunkt einnehmen.

(Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)
 daß wir bei aller Anerkennung der den Anträgen zu Grunde liegenden guten Absichten uns nicht auf den Boden derselben zu stellen vermögen, und daß wir den Inhalt der Anträge nicht als geeignete Grundlagen für gesetzgeberische Maßnahmen ansehen können.

(Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)
 Bei der Zuchthausvorlage sprach dann wieder Herr Wassermann unter lebhaftem Bravo der Nationalliberalen und heftigen Rufen rechts „gegen das Gesetz und gegen die Kommissionsberatung“ — wie auch wir rückhaltlos anerkannt haben: in einem liberalen Geiste und in einer feisch-frohlichen Tonart, wie wir das schon lange nicht mehr von dieser unpopulärsten aller unpopulären Mittelparteien gewohnt waren. In diesem Falle schwiegen die um Möller und Büsing sich ganz und gar aus.

Aber ist das vielleicht nur die Stille vor dem Sturm? Herr von Stumm sprach vor einigen Wochen als alter erfahrener Praktiker von den Wellenbewegungen im politischen Leben, auf die Ebbe seiner Hoffnungen werde bald wieder die Flut folgen und das festliegende Schifflein der ehrlichen und niemanden terrorisierenden Hannerschmiede wieder flott machen. Ob er seine nationalliberalen Stützstruppen, die augenblicklich noch zurückgebrängt sind, kennt?

Die Presse des Centralverbandes heyt schon monatelang gegen die Abtrünnigen, gegen die irrlichterierenden „Dilettanten der Socialpolitik“, gegen die „Trabanten der Socialdemokratie“. Ihr Loben hat sich in den letzten Tagen nur noch gesteigert. Vereits hat auch die nationalliberale Fraktion des preussischen Dreiklassen-Parlaments ihr Mißfallen ausgesprochen, daß die Mehrheit der parteigenössischen Reichstagsfraktion die Kommissionsberatung des Zuchthausgesetzes abgelehnt hat. Und in der nationalliberalen Presse, auch in Süddeutschland, erheben allerlei unwillige Aeußerungen gegen die Art, wie die um Seyl und Wassermann die kapitalistischen Interessen zu vertreten gewillt sind. Besonderen Mut giebt den Unzufriedenen die Thatsache, daß bei der Abstimmung über Annahme oder Ablehnung jener Kommissionsverweisung von den 48 Mitgliedern der nationalliberalen Reichstagsfraktion nur 24 anwesend waren, von denen 17 gegen und 7 für die Kommissionsberatung stimmten.

Wie wird sich die Fraktion stellen, wenn sie voll versammelt ist? Werden die Wassermann und Seyl, trotz der mannigfaltigen Angriffe aus den eigenen Reihen, fest bleiben? Wird es ihnen gelingen, auf die Dauer eine Fraktionsmehrheit für ihre Anschauungen zu erhalten?

Die Bergarbeiter-Unruhen im Ruhrrevier.

Die bedauerlichen Vorkommnisse in Herne werden von der verlogenen Scharfmacherbande natürlich wieder benutzt, um den organisierten Arbeitern und der Socialdemokratie eins anzuhängen und Stimmung zu machen für das Zuchthausgesetz. Das hiesige Stimmblatt schreibt:

Die verächtlichsten Nachrichten bezugen, daß sich der Mangel an Schutz der Arbeitswilligen in recht empfindlicher Weise bemerkbar mache, eine treffende Illustration zu der jüngsten Haltung der Reichstagsmajorität bei Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Angesichts dieser plötzlichen Steigerung der socialistischen Exzesse drängt sich der Gedanke von selber auf, daß sich die

Streikterroristen durch Reden à la Wassermann in ihrem Thun ermutigt fühlen.“

Es ist die unverschämteste Lüge, nicht bloß einfache Unwahrheit, sondern bewusste Lüge, angesichts der vorliegenden Thatsachen von socialistischen Exzessen zu reden. Wir verweisen auf die gestern mitgetheilten Verhandlungen der von 1500 Bergarbeitern besuchten Versammlung in Dorfsfeld, in der dringend vom Ausstände abgeraten und auf die Schädlichkeit und Auslosigkeit des Streiks hingewiesen und ausgesprochen wurde, daß der einzige Weg zur Verbesserung des Knappschaftsstatuts, dessen Bestimmungen die Ursache des Ausstandes sind, die Beteiligung an der Organisation und der gesetzlichen Weg der Wahl geeigneter Knappschaftsältesten ist.

Es liegt ferner folgende Resolution des socialdemokratischen Vereins in Dortmund vor:

„Der Socialdemokratische Verein bedauert aufs lebhafteste die geistigen Vorgänge in Herne. Wenn sich bis jetzt auch nicht beurteilen läßt, auf welcher Seite die Schuld liegt, so richtet er doch an alle Arbeiter die Aufforderung, keinen Kampf gegen das Kapital zu beginnen, ohne genügende Vorbereitung und Verständigung mit den organisierten Arbeitern, die durch ihre Anstöße usw. ja stets über die Berechtigung oder Ausföhrung eines Streiks beschließen, ehe sie denselben ihre Zustimmung erteilen, sowie sich von jeder Gewaltthätigkeit und Widersehung fernzuhalten, hält es aber im Interesse des öffentlichen Friedens auch für dringend nötig, daß die Polizeibehörde nur solche Beamte verwendet, welche ausreichende Kenntnis der Sprache und die Charaktereigenschaften der Ruhe und Besonnenheit besitzen.“

Der Vorstand des Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes hat schon in der Nr. 19 der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ vom 20. Mai d. J. in Vorahnung der Dinge, die wegen der erhöhten Beiträge zur Knappschaftskasse eintreten können, eine Warnung erlassen, in welcher es heißt:

„Es ist geplant worden im Dortmunder Bezirk, beim nächsten Lohnzuge gegen die Knappschaftlichen Abzüge, wie sie nach dem neuen Statut auf Grund des Berggesetzes einbehalten werden müssen, zu protestieren und zu verweigern, auf diese Weise das neue Statut gewissermaßen zu annullieren. Da nun die Erbitterung gegen das neue Statut schon sehr groß geworden und durch die Vereitelung der großen Versammlung am 14. Mai bei Steinweh in Dortmund, wo über das neue Statut eingehend gesprochen werden sollte, noch verstärkt worden ist, so erscheint es gar nicht ausgeschlossen, daß man sich zu Unbesonnenheiten und, wir möchten sagen, Kinderreihen hinreißen läßt. Strafe und Mahregelung würden ganz bestimmt die Folge davon sein.“

Wir warnen daher ganz entschieden vor derartigen Dummheiten!

Bemerkten wollen wir noch, daß in der ersten unter dem neuen Statut stattgefundenen Vorstandssitzung selbst Aelteste, die für das neue Statut gestimmt, nimmehr Protest dagegen eingelegt haben.“

Schließlich sei nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Ausstand von jungen polnischen Arbeitern ausgeht, die keiner Organisation angehören, eine Thatsache, die auch von bürgerlichen Blättern zugegeben wird. Das wird ferner durch den Umstand erhärtet, daß die Verwundeten und Getöteten fast ausnahmslos polnische Namen tragen. Neben „à la Wassermann“ haben diese Leute so wenig gelesen, wie andere den Scharfmachern unbecommene Reden. Dagegen wird es durch die Versammlungsverhinderungen unmöglich gemacht, zu den unbesonnenen und unerfahrenen Leuten zu reden, um sie auf die verderblichen Folgen ihres Thuns aufmerksam zu machen und sie auf den richtigen Weg zu verweisen. So war für Sonntag nach Herne eine Versammlung einberufen, in der der Schriftföhrer Szejtowski in polnischer Sprache reden sollte, um die Leute über ihre Unbesonnenheit aufzuklären. Diese Versammlung wurde wegen angeblicher Uebertretung aufgelöst in dem Augenblicke, wo der polnische Referent das Wort ergreifen wollte.

Die Auflösung hatte lebhaftes Erbitterung unter den Teilnehmern hervorgerufen und insolge dessen kam es bereits am Sonntag abend zu dem ersten Zusammenstoße mit der Polizei. Wie die Polizei dabei vorgegangen sein mag, wird durch die von bürgerlichen Blättern konstatierte Thatsache beleuchtet, daß nicht nur Frauen geschlagen wurden, sondern daß sogar einem Knaben das halbe Ohr abgehauen worden ist. Daß diese Zusammenstöße am Sonntag vielleicht nicht vorgekommen wären, wenn die Polizei taktvoller vorgegangen wäre, wird gleichfalls von bürgerlichen Zeitungen des Reviers zugegeben. Das von uns geschilderte Verhalten der Führer der organisierten Arbeiter wird auch bestätigt durch die Berichte der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und durch den Berichterstatter der „Adnischen Zeitung“ wie den der „Deutschen Warte“.

Unter diesen Gesichtspunkten kommt man erst zu einer richtigen Beurteilung der Vorgänge. Wir geben in Ansehung hieran noch eine Anzahl Meldungen über die Ereignisse vom Dienstag und Mittwoch, wie sie von den Depeschembureaus einlaufen.

Böhm, 27. Juni. (W. T. B.) Wie der Bochumer Anzeiger meldet, haben die Stadtverordneten in Herne die Bildung einer Reichswehr in geheimer Sitzung beschlossen. Die für heute einberufenen drei Versammlungen wurden von der Polizei verboten. Bei der heutigen Mittagsfeier saßen auf der Rede „Friedrich der Große“ von 600 Arbeitern nur 12, auf der Rede „v. d. Heydt“ von 300 nur 15, auf „Schmidt I und II“ von 600 nur 324 an. Auf der letzteren und der Rede „Constantin

der Große" fanden blutige Zusammenstöße statt. Die Gendarmen schritt mit blauer Waffe ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Daselbst wird, daß es heute abend zu neuen Unruhen gekommen sei. Die Streikenden hätten die Polizei mit Steinen beworfen, worauf diese scharf geschossen hätte. Mehrere Personen seien verletzt. Die Dumme hätten sich erneuert, als die Polizei zwei Verhaftete abführen wollte. — Auch die „Vöchner Zeitung“ meldet, daß der Bergarbeiter-Ausschuss im Bezirke der Gemeine größere Ausdehnung gewonnen habe und Arbeitswillige bebringt und misshandelt worden seien.

Essen a. d. Ruhr, 28. Juni. (W. Z. B.) Nach dem gestrigen Zusammenstoß der Ausführenden mit der Gendarmen in Herne wurden nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ 15 schwerer Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert, von denen einer, wie von anderer Seite gemeldet wird, nach der Entlieferung gestorben sein soll.

Wochum, 28. Juni. (W. Z. B.) Bei dem gestrigen Abendkavall wurden 14 Personen zum Teil schwer verletzt, einer ist tot. Die Nacht verlief ruhig. Trotzdem wird, dem „Vöchner Anzeiger“ zufolge, beabsichtigt, ein Bataillon Infanterie und zwei Schwadronen Kavallerie nach Herne zu legen. Heute morgen führen von 707 Schwenmern 200 an; auf der Besche von der Bescht“ führen von 600 mit 74, auf Besche „Julia“ von 300 mit 160 an. Gegen 80 Verhaftungen wurden vorgenommen. Auf der Besche „Mont Genis“ sind 50 Mann nicht angefahren.

Herne, 28. Juni. (W. Z. B.) Die heutige Nacht ist ruhig verlaufen. Auf der Besche „Mont Genis“ fehlten morgens 50 Mann, auf der Besche von der Bescht“ erschienen von 500 Mann 74, auf „Julia“ von 300 Mann 100, auf „Schamrod“ von 707 Mann 200, auf „Friedrich der Große“ von 305 Mann 75. Auf der Besche „König Ludwig“ in Bruch fehlten gestern mittag 65 Mann.

Wochum, 28. Juni. (W. Z. B.) Nach einer Meldung des „Vöchner Anzeigers“ sind bei dem gestrigen Zusammenstoß drei Personen getötet worden, zahlreiche Verwundete haben in Privathäusern Aufnahme gefunden. Das Blatt will wissen, daß insgesamt 80 Verhaftungen vorgenommen seien und daß heute Militär ernannt werde.

Essen a. d. Ruhr, 28. Juni. (W. Z. B.) Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet: In der heutigen Konferenz unter Leitung des Oberpräsidenten wurde beschlossen, Militär zu berufen, das heute abend eintrifft wird. Bei der Mittagszeit wurden Angriffe auf Arbeitswillige durch Polizei und Gendarmen mit blauer Waffe verhindert.

Herne, 28. Juni. (W. Z. B.) Einer späteren Mitteilung zufolge fehlten bei der heutigen Morgensicht auf der Besche „Friedrich der Große“ von 820 Mann 604, auf der Besche „Van der Bescht“ von 302 Mann 316, auf „Julia“ von 361 Mann 184, auf „Constantin der Große“ fehlten 48, auf „Mont Genis“ von ca. 800 Mann 23, auf der Besche „Schamrod“ (Morgen- und Mittagszeit) zusammengelegt von 1736 Mann 1818. Im ganzen fehlten also 2463 Mann. Bei der Mittagszeit fehlten auf der Besche „Friedrich der Große“ von 550 Mann 440, auf der Besche „Van der Bescht“ von 354 Mann 339, auf „Julia“ von 348 Mann 251, auf „Constantin der Große“ von 190 Mann 79, auf „Mont Genis“ fehlten alle 633 Mann. Im ganzen fehlten bei der Mittagszeit 1785 Mann.

Niemand kann diese Vorkommnisse mehr bedauern wie wir; wir müssen aber entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß die organisierten Arbeiter bzw. die Sozialdemokratie irgend eine Schuld daran trüge; von dieser Seite ist vielmehr alles getan worden, was zur Verhütung der Gemüter getan werden konnte. Und ebenso müssen wir dagegen Verwahrung einlegen, wenn die dortigen Ereignisse von der Scharfmacherpresse dazu ausgenutzt werden, um für die Zuchtandvorlage Stimmung zu machen. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn verschiedene Blätter dieser Sorte mit deutlichem Schielen nach der Zuchtandvorlage behaupten, es mache sich der Mangel eines ausreichenden Schutzes der Arbeitswilligen deutlich fühlbar. Wie will man wohl die Arbeitswilligen vor Gewalttätigkeiten roher unorganisierter Elemente besser schützen, als daß man, wie es geschieht, Polizei und Militär in ausreichender Menge aufbietet und Flinten und Säbel fleißig arbeiten läßt? Es ist ja grade hierdurch bewiesen, daß selbst mit den schärfsten Mitteln des Polizei- und Militärstaates Gewalttätigkeiten nicht zu verhüten sind. Man kann doch wirklich nicht mehr thun, wie die Verüber todtschießen.

Der „Schutz der Arbeitswilligen“, den die Scharfmacher meinen, richtet sich auch nicht gegen derartige Dinge, sondern gegen das plan- und geschmacklos Wirken der organisierten Arbeiter mit Vorschriften, die zur Verhütung wirklicher Gewalttätigkeiten gar nichts nützen können, die im Gegenteil geeignet sind, die blinden Kräfte zu entfesseln, die jetzt im Ruhrrevier walten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juni.

Achtung, deutsche Arbeiter! Die Zuchtandwähler sind eifrig an der Arbeit. Die im Reichstag aus ihrer Unwahrhaftigkeit gebrauchte „Denkschrift“ feiert ihre Auferstehung in den Kreisblättern. Man sucht den Spießbürger mobil zu machen, indem man ihm unwahre Gruselmärchen aufstischt!

Die Arbeiterklasse sei auf der Hut! Die Gegenagitation darf keinen Tag rasten! —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat heute die zweite Lesung der Justizgesetze beendet. Die Ausführungsgesetze zur Grundbuch-Ordnung, zum Reichsgesetz betr. Veränderungen der Civilprozess-Ordnung und zum Reichsgesetz betreffend die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung wurden debattiert und abgelehnt.

In dem Ausführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch hat die Kommission die Bestimmung getroffen, wonach eine Aktien-gesellschaft sowie eine Kommanditgesellschaft auf Aktien aufgelöst werden kann, wenn sie durch einen geschwindigen Beschluß der Generalversammlung oder durch geschwindiges Verhalten des Vorstandes, der persönlich haftenden Gesellschafter oder des Aufsichtsrats das Gemeinwohl gefährdet. Im Plenum bemühten sich die Konservativen im Bunde mit der Regierung, diese Bestimmung wiederherzustellen, doch ohne Erfolg. Die Mehrheit des Hauses trat dem Beschluß der Kommission bei.

Des weitern beschäftigte sich das Haus in dritter Lesung mit dem Gesetzentwurf betreffend die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheits-Kommissionen. Von den vorgenommenen Änderungen betrifft die eine die Schaffung einer Jahrsbestimmung, wonach die Kosten der im Auftrage des Landrats oder des Regierungspräsidenten erfolgten Reisen des Kreisarztes den Staatskassen zu Last fallen. Ferner wurde beschlossen, dem Kreisarzt die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis, abgesehen von dringenden Fällen und Konsultationen mit anderen Ärzten, überhaupt zu verbieten, während nach der Vorlage in der zweiten Lesung dem Kreisarzt nur die Ausübung der Privatpraxis außer dem Hause unterlag. Obgleich man nicht verkennen kann, daß diese Änderungen geringfügige Verbesserungen der Vorlage bedeuten, kann doch von einer organischen Verwaltungsreform, wie sie seit Jahren erstrebt wurde, in keiner Weise die Rede sein. Aus diesem Grunde stimmten die Freisinnigen und der größte Teil der Rationalliberalen in der Gesamtabstimmung gegen den Entwurf.

Zur Annahme gelangten sodann noch eine Anzahl Resolutionen zu dem Gesetzentwurf, worin folgende Forderungen erhoben werden:

1. Die Gründung selbständiger Lehrstühle für Hygiene an den technischen Hochschulen und die geeignete Unterweisung der höheren Verwaltungsbekannteten und Geistlichen in Hygiene; 2. die Errichtung von Untersuchungsanstalten zu Zwecken des Gesundheits- und Veterinärwesens in jeder Provinz nach Maßgabe des Bedürfnisses, sowie eines Central-Landes-Untersuchungsanstalts unter Einwirkung der nötigen Mittel in den nächsten Etat; 3. die Herbeiführung der baldigen Vervollständigung eines Reichsgesetzes zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten und Einbringung eines Rotagesetzes an den Landtag in dieser oder spätestens der nächsten Session unter Abänderung und Ergänzung des Regulativs vom 8. August 1885; 4. die Erwägung, ob sich nach Feststellung der Besätze und Nebenbesätzen der Kreisphysiker mit finanzieller Besoldung eine Erhöhung der letzteren als notwendig erweist, und geeigneter Ergänzung einer entsprechenden Vorlage. Schließlich forderte das Haus die Regierung in Form einer Resolution nach auf, die bisherigen Kreisphysiker, soweit nicht besondere Umstände vorliegen, als Kreisärzte in ihrem bisherigen Amtsbezirk angustellen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag statt. Zur Beratung stehen die Justizgesetze und die Charfreitag-Vorlage in dritter Lesung.

Abrüstung.

Die Abrüstung der europäischen Staaten nimmt einen wunderbaren Fortgang. Die Diplomaten waren nach dem Haag gezogen, um Krieg und den Krieg zu erklären. Wenigstens erzählten sie dies den andächtig lauschenden Völkern und den in tausend Stimmen jubelnden „Friedensfreunden“. Aber nicht lange konnte die Maschinerie dauern. Trotz aller Geheimniskrämerie mühten die Staaten des Militarismus bald Farbe bekennen. Und schon erscheint dieser Krieg gegen den Krieg beendet, es wird abgerüstet und der Krieg, der wirkliche, entsetzliche, völkermörderische und völkerverzehrende, er wird „in Frieden“ gelassen.

Den Londoner „Daily News“ wird aus dem Haag gemeldet:

In der Kommission, welche über den russischen Entwurfungs-Vorschlag verhandelte, habe der deutsche Delegierte Oberst v. Schwarzhoff eine Rede gegen denselben gehalten. Die Rede habe eine halbe Stunde gedauert und habe einen starken Eindruck gemacht. Er habe mit überwältigender Offenheit gesprochen. Der Oberst führte aus, daß eine Reduktion des Friedensbestandes gar nicht mit einer entsprechenden Reduktion der Wehrkraft identisch sei; der Friedensstand könne national bleiben und die Wehrkraft eines Landes könne doch wachsen. Die Länge der militärischen Dienstzeit, der Dienst durch einen Ersatzmann, die Eisenbahnen, die Schnelligkeit der Mobilisierung und die ökonomischen Bedingungen — das alles seien Faktoren, welche die militärische Stärke eines Landes ausmachen. Wenn man nur einen Teil des Problems herandresse und behauptete, daß durch Reduktion des Friedensbestandes allein die Wehrkraft jedes Landes allgemein und in gleicher Weise vermindert werde, so könne das einem Völkern wohl plausibel erscheinen, dem militärischen Sachverständigen aber erscheine das als eine so offenebar Absurdität, daß er sich wundern müsse, wie man einen solchen Vorschlag überhaupt im Ernste habe vorbringen können. Die Russen bezogenen Sibirien als eine Kolonie, aber im Falle eines europäischen Krieges werde Rußland jedes sibirische Regiment per Eisenbahn nach Europa bringen. Schwarzhoff's Knecht, Deutschland sei nicht ruiniert, im Gegenteil sein Reichthum, seine Zufriedenheit und seine Lebenshaltung wüßten täglich, hätten einen gewaltigen Eindruck gemacht. Diese Rede sei die größte Sensation der bisherigen Konferenz gewesen.

Trotz dieser Ausführungen des deutschen Vertreters will aber die Konferenz ihre Abrüstungskommissionen noch ein Weilchen forschern. Die russischen Anträge wurden an zwei Subkommissionen verwiesen; diese ernannten zwei Prüfungsausschüsse.

Deutsches Reich.

Reichstags-Abgeordneter Kasper sollte nach Mitteilungen sibirischer Blätter sein Mandat niedergelegt haben. Diese Nachricht war, wie wir badischen Parteiblättern und Privatmitteilungen entnehmen, unbegründet.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom Mittwoch den Entwurf eines Hypothekendarlehen-Gesetzes, sowie den Entwurf eines Zubehörsversicherung-Gesetzes in der vom Reichstag beschlossenen Fassung angenommen.

Die **Müllerereivereinbarung**, die wir seiner Zeit mitgeteilt und kritisiert haben, wird auch in der Hochpresse der Müllererellen scharf kritisiert, namentlich in der Richtung, daß sie nicht anwendbar sei auf die Bedienungsmannschaften der Walzenstühle und sonstiger Hilfsarbeiter. Demgegenüber steht sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu einer Erklärung veranlaßt, in der es heißt:

„Es würde den Absichten der Verordnung zuwiderlaufen, wenn ihre Vorschriften nicht auch auf die Bedienungsmannschaft der Walzenstühle angewendet würden, und es liegt auch kein Grund zu der Annahme vor, daß den Bestimmungen bei ihrer Ausführung eine so enge Auslegung gegeben werden sollte, wie in jener Presse vorausgesetzt wird. Im Gegensatz zu den Ausführungen der organisierten Müller erstreckt sich die Verordnung auf alle bei dem eigentlichen Walzprozeß beteiligten Personen; ihre Tragweite ist also erheblich unterschätzt worden.“

Sozialdemokratische Kirchenstühle.

Aus Wandsbeck wird geschrieben: In der Kirchengemeinde Sande (Kreis Stormarn) waren vor einigen Monaten zwei Sozialdemokraten in den Kirchenvorstand gewählt worden. Der Synodalausschuß der Protestanten hatte aber die beiden Kirchenstühle nicht bestätigt, weil, wie es in dem Bescheide heißt, „durch deren tatsächliche und ausgesprochene Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, deren Stellung zur Kirche und zum Christentum unerkanntermaßen eine feindliche ist, es ausgeschlossen erscheint, daß die betreffenden Herren die Pflichten der Kirchenstühle in einer dem Wesen der Gemeinde und dem kirchlichen Frieden dienenden Weise erfüllen können“. Kammerherzog aber das Konsistorium in Kiel diese Entscheidung des Synodalausschusses aufgehoben und erklärt:

„Daß die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei an sich kein Grund sei, jemanden die Fähigkeit zur Verrichtung eines kirchlichen Amtes abzusperrten.“

Der „Reichsbote“, das Berliner Faschistenblatt, das die Sache ja verflechten muß, bemerkt dazu: „Müßiger wäre es wohl gewesen, zu sagen, daß die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie an sich, wegen ihrer naturalistischen Richtung, für die Verrichtung von Ämtern in der Kirche sehr bedenklich sei, da sie auch auf eine Zustimmung zu der naturalistischen Weltanschauung schließen läßt; allein da es tatsächlich viele Leute gibt, welche sich nur um der äußeren wirtschaftlichen Interessenvertretung willen zur Sozialdemokratie halten, von den naturalistischen Anschauungen aber nichts wissen wollen, sondern an ihrem christlichen Bekenntnis festhalten, können unter Prüfung der persönlichen Verhältnisse auch solche Leute zu kirchlichen Ämtern zugelassen werden — also trotzdem sie zur Sozialdemokratie gehören.“

Eine „Einschränkung“ des **Wahlrechts durch Schulkinder** beabsichtigt die künftige Regierung des Regierungsbezirks Gumblinien in Ostpreußen durchzuführen. Der Erlaubschein darf nur an Kinder von 11-13 Jahren gegeben werden. Außerdem heißt es: An einem ganzen oder zwei halben Tagen, mindestens also sechs Stunden in der Woche, haben die Schulkinder

dem Schulunterricht beizuwohnen. Derselben Vorschriften gelten auch da, wo Eltern ihre eigenen Kinder während der Schulzeit zum Beschütten verwenden wollen.

Wenn dies eine „Einschränkung“ des Wahlrechts der Schulkinder ist, dann müssen ja bisher auf dem Lande in Ostpreußen wunderbare Zustände existiert haben.

Lieb Vaterland magst ruhig sein. Aus Koburg kommt folgende beruhigende Nachricht: Das Hofmarschallamt veröffentlicht folgende: Da der Berliner Berichterstatter der Londoner „Daily Mail“ darauf beharrt, daß Se. Königl. Hoheit der Herzog abzutreten beabsichtige, so habe ich den Auftrag erhalten, dieses Gerücht auf das Entschiedenste zu widerlegen. Coburg, 28. Juni 1890. Von Ruexleben, Hofmarschall.

Fall Kähler. Wie der „Frankfurter Zeitung“ zufolge in Darmstadt verläuft, hat das jüngst gegen den Landgerichtsdirektor Kähler eingeleitete Disziplinarverfahren insbesondere durch Vernehmung eines früher in Groß-Berlin in Stellung gewesenen Richters weiter belostendes Beweismaterial ergeben, so daß die Regierung nicht kurzerhand dem eingereichten Pensionsgesuch Folge geben dürfte.

Zur Interpretation des § 152 und § 153 der Reichs-Gewerbeordnung hat, in allerdings eigenwilliger Weise, ein Fall beigegeben, der seit einem halben Jahre bei den Münchener Gerichten anhängig ist und der nunmehr erst seinen endgültigen Abschluß gefunden hat. Der Sachverhalt ist kurz folgender: In der großen Regensburger Schußfabrik in München war im Mai v. J. eine nicht lange dauernde Arbeitseinstellung erfolgt, um, was auch erreicht wurde, den in der Fabrik beschäftigten Arbeiterinnen bessere Löhne zu verschaffen. Nach Wiedereinnahme des Betriebes mußten aber sieben Arbeiter — nebenbei gesagt, die besten — die sich am meisten für die Arbeiterinnen ins Zeug gelegt hatten und die in der Mehrzahl der Organisation der deutschen Schußmacher angehörten, für unerwartetes Eintreten büßen. Sie wurden ohne Angabe des Grundes, entlassen. Der größte Teil ihrer Kollegen erklärte sich daraufhin mit ihnen solidarisch und legte ebenfalls die Arbeit nieder. Der Fabrikleitung wurde bekannt gegeben, daß der Streik so lange dauere, als nicht ihre gemäßigtesten Genossen in Arbeit genommen würden. Als nun eines Tages der Schußmacher Wessels, der weitergearbeitet hatte, die Fabrik verließ, beglückwünschte ihn der Schußmacher Georg Wähler, der, obwohl nicht bei Regensburger beschäftigt, ihn wegen seines Streikbruchs heftige Vorwürfe machte und seinem Umwille auch in persönlichen Bemerkungen auf drastische Weise Luft machte. Wessels mußte auf Veranlassung der Fabrikleitung, die da sich der Vorfall vor der Fabrik abgespielt, diesen wahrgenommen hatten, die Sache zur Angelegenheit bringen. Wähler erhielt infolgedessen einen Strafbescheid von 1 Woche Gefängnis auf Grund der §§ 152 und 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Er legte Einspruch beim Schöffengericht ein und dieses erhöhte die Strafe auf vier Wochen Gefängnis. Wähler benutzte sich dabei natürlich nicht, sondern legte Verwahrung beim Landgerichte ein und wurde von diesem freigesprochen. Die Verurteilung besagte, daß eben ein Streik, der die Wiedereinstellung gemäßigter Arbeiter bezwecke, nicht unter die Fälle des § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung falle, in welchen nur von Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen die Rede sei. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Revision ein. Und das Werk würdige geschah! Das Oberlandesgericht hob das Urteil auf und verwies den Fall zur nochmaligen Verhandlung an das Untergericht, und zwar mit gebundener Rechtsroute. Gerade mit Rücksicht auf das hochaktuelle Thema der Zuchtandvorlage sind die Ausführungen der Verurteilung sowohl als des Staatsanwalts interessant. Erstere sprach sich dahin aus, daß man unterstreichen müsse, ob der Streik den Arbeitern einen besonderen Vorteil gewähren solle, oder ob es sich um eine reine Arbeiterregel handle. Wenn das Oberlandesgericht die Auffassung vertritt, daß überhaupt alle Verabredungen, die irgendwie mit einem Gewerbe zu thun haben, unter den § 152 fallen und wenn es der Ansicht ist, daß dieser Paragraph keine Lücke enthalte, so lege es sich in Widerspruch mit anderen Entscheidungen und mit den im Reichstage selbst ausgesprochenen Ansichten der Mehrzahl des Hauses. Diese habe stets hervorgehoben, daß derartige Streiks nicht unter den Rahmen des § 152 zu bringen seien. Im vorliegenden Falle habe es sich nur um Vertretung der Interessen der Arbeiter im allgemeinen gehandelt. Das Reichsgericht habe sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß die Aufrechterhaltung bestehender Arbeitsbestimmungen nicht unter den § 152 falle. Vor allem müsse es sich um einen bestimmten Arbeitsvertrag handeln. Wenn die Arbeiter z. B. eine andere Arbeitszeit angestrebt hätten, etwa von 4 Wochen, dann ja; wenn aber die Arbeitgeber sich hätten sollen, einen Arbeiter ohne weiteres zu entlassen, so sei damit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Allgemeinen angestrebt, nicht mit Rücksicht auf einen bestimmten Vertrag.

Der Staatsanwalt glaubte aus dem Umstande, daß schon die Koppel zur Reichs-Gewerbeordnung vom Jahre 1891 diese „angebliche“ Lücke nicht ausgefüllt habe, folgern zu dürfen, daß der Gesetzgeber schon damals der Ansicht war, Fälle, wie der vorliegende, seien sich unter § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung subsumieren. Sie stützten auf die oberinstanzliche Entscheidung (des Oberlandesgerichts) behauptete er, es läge nach zwei Richtungen eine angestrebte Verbesserung der Arbeitsverhältnisse vor. Einmal sollten den Entlassenen die Vorteile der Wiedereinnahme gewährt werden, andererseits sollte das Prinzip zum Ausdruck gebracht werden, daß der Arbeitgeber nicht berechtigt ist, die ihm durch Organisations-Bestrebungen mißliebige gewordenen Arbeiter ohne weiteres zu entlassen. Auch letzteres sei, wenn es durch einen Streik erreicht werde, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse! Das Landgericht mußte nunmehr mit Rücksicht auf die prozessuale Zwangslage, die es an der Entscheidung des obersten Gerichtshofes festhalten ließ, den Angeklagten verurteilen, d. h. seine Verwahrung verwerfen. Es legte aber zugleich die Strafe auf 14 Tage Gefängnis herab. Diese Interpretationskunst unseres höchsten Gerichtshofes wird einem alleseitigen Schütteln des Kopfes begeben.

Eine Konferenz in Sachen der Durchführung des Handwerkergesetzes wird in den nächsten Tagen zusammenzutreten. Seitens eines aus den Reichstags-Abgeordneten Jacobblättern, Professor Dr. Hige und Regierungsrat Dr. Siegenmann-Braunschwieg bestehenden Komitees ist in Anregung gebracht worden, eine vertratliche Aussprache über die schwebenden Fragen des Handwerks stattfinden zu lassen.

Kriegszug und Krankheit in Siam. Der Zusammenstoß zwischen den deutschen Truppen und chinesischen Massen, welche den Bahnbau zu stören versuchten, war nach neueren Nachrichten noch größer, als gestern angenommen wurde. Es sind 200 Mann des Detachements mit 65 Schüssen erschlagen worden. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei mehrere Chinesen getötet wurden.

Zu diesen Schwierigkeiten kommt die Gefahr schwerer Erkrankungen. In der chinesischen Bevölkerung wüthet der Typhus, der aus den Hungersnot-Gezeiten des Hoangho eingeschleppt zu sein scheint. Die deutschen Truppen sind bereits vollständig auf den Schiffen und in Militärlagern abgeschlossen worden; man geht mit dem Plane um, wegen der Ansteckungsgefahr das obere Siam niederzubrennen.

Ausland.

Die Protestbewegung in Belgien

macht weitere Fortschritte. Aus Brüssel wird telegraphiert: Der Vorstand der Brüsseler Vereinigung der Arbeiterpartei hielt heute abend eine geheime Sitzung ab. Der Vorstand beschloß einen allgemeinen Ausfall der Brüsseler Arbeiter, um auf diese Weise

die Bewegung gegen die Wahlgeschwörung der Regierung noch zu vergrößern. Der Ausfall soll am Tage des Beginns der Beratung über das Wahlgesetz, also am 5. Juli, anfangen. In der Sitzung gaben mehrere Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiter in der Provinz sich der Bewegung anschließen werden.

Am Dienstagabend fanden in den Vororten Brüssels zehn Protestversammlungen gegen die Wahlvorlage statt. Überall war der Jubel über das Publikum ein sehr starker. Nach Beendigung der Versammlungen durchzogen die Kundgeber die Straßen unter den Rufen: **Es lebe die Republik!** Eine Anzahl Kundgeber begab sich zum Volkshaus, wo von der Rede eine Ansprache hielt.

Die Ursache der großen Erregung, die sich der Arbeiterschaft bemächtigt hat, ist unseren Lesern aus früheren Korrespondenzen bekannt. Es ist das Fortwirken einer Wahlrechtsvorlage, durch welche die antikerikalen Parteien, die Sozialisten und Liberalen, in ihren ausgedehnten Wahlkreisen entzweit werden sollen. Durch das Wahlbündnis der antikerikalen Parteien waren ihnen für die kommenden Wahlen im Jahre 1900 die 18 Abgeordnetenkreise Brüssels und so viele andere Siege gesichert, daß die Beilegung des Kerikalen Regiments außer Frage stand. Um dieses Unheil abzuwehren, um das Fortbestehen des Kerikalen Regiments zu sichern, unternahm das Ministerium Vandepereboom einen großen Schlag. Es brachte ein Wahlgesetz ein, das ein wahres Muster von Verfassungswidrigkeit ist. Dieses Wahlgesetz führt in den sieben größten Wahlkreisen des Landes: Brüssel, Antwerpen, Lüttich, Gent, Mons, Leuven und Charleroi eine sogenannte „gemischt proportionale Vertretung“ ein. Dieser werden die 152 Abgeordneten und 76 Senatoren mittels des gemäßigten allgemeinen Stimmrechts in 41 Wahlkreisen gewählt. In keine absolute Mehrheit erzielt, so entscheidet die Stichwahl. Fortan wird verfassungswidrig für 7 Wahlkreise ein Sonderstimmrecht eingeführt. In den 34 kleineren Wahlkreisen, in denen meist das flache Land zu Gunsten der Kerikalen vorweg den Ausschlag giebt, die heute durch 68 Kerikale und nur durch 15 Liberale und Sozialisten vertreten sind, bleibt alles beim Alten. Dagegen in den 7 großen Wahlkreisen, die 60 Abgeordnete zu wählen haben, wo durch das antikerikale Bündnis die Kerikalen die meisten Siege verlieren würden, soll zu Gunsten der Kerikalen Minderheiten ein Wandel eintreten. Hier soll, um den Kerikalen einen Teil der Siege zu sichern, eine künstlich berechnete Verteilung der Siege erfolgen. Nur diejenigen Kandidaten, die in Brüssel ein Zehntel, in den anderen 6 Wahlkreisen ein Sechstel aller Stimmen erhalten haben, werden zur Verteilung der Siege zugelassen. Parteien, die nicht voll diese Stimmenzahl erreichen, wie die Fortschrittler und christlichen Demokraten, sind von jeder Vertretung ausgeschlossen. Das Schönste ist dabei, daß nach Feststellung der Wahlergebnisse, die sehr verwickelt ist, für jede gewählte Liste drei Ersatzmänner, die nächst den gewählten Kandidaten die meisten Stimmen erhalten haben, als gewählt werden, so daß die Wähler, wenn ein Senator oder Abgeordneter dieser sieben Wahlkreise stirbt, für Stimmrecht nicht ausüben dürfen, vielmehr der Ersatzmann der betreffenden Partei verfassungswidrig ohne weiteres den freigewordenen Sitz einnimmt. Durch diese Bestimmungen sichern sich die Kerikalen in diesen großen sieben Wahlkreisen eine bestimmte Anzahl Siege und haben, da in den übrigen 34 Wahlkreisen alles beim Alten bleibt, im voraus eine sichere Mehrheit in beiden gesetzgebenden Körperschaften und damit auch für immer die Regierungsgewalt in ihren Händen.

Gegen diese Rechtslosigkeit und Vergewaltigung durch die Kerikalen erhebt sich mit Recht ein Sturm der Entrüstung im Lande. Da jedoch durch die Mehrheitsverhältnisse der Kammer die Annahme der Vorlage gesichert ist, so sind die Volkstreffen, die entrichtet werden sollen, gezwungen, sich selbst durch außerparlamentarisches Vorgehen ihr Recht zu verschaffen. Bei der Stärke der Empörung im Lande ist zu hoffen, daß die Kerikale Regierung mit ihrem Entschuldigungsverfuch scheitern wird.

Italien.

Die Kammer ist wieder verammelt und sie hat sofort begonnen, sich mit dem ministeriellen Staatsstreik zu beschäftigen. Eine zweite Sitzung wurde für heute nachmittags zur Diskussion dieser Angelegenheiten anberaumt. So einfach wird die Debatte freilich nicht verlaufen. Die Opposition, und insbesondere die sozialistische Gruppe ist unerschütterlich in der Obstruktion; und so lange die Geschäftsordnung nicht geändert ist, steht sie damit auf gefestigtem Boden. Es müßte also erst die Geschäftsordnung geändert werden; und der Versuch wurde auch schon gemacht. Allein auch diese Veränderung kann nur in der von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Form erfolgen; und diese Form ermöglicht und gestattet die Obstruktion. Wenn die Regierung auf ihrem Vorlage beharrt, wird ihre unter solchen Umständen nichts übrig bleiben, als ihren politischen Staatsstreik einen parlamentarischen hinzuzufügen, und eine neue Geschäftsordnung, das heißt, ein **Kaullorbergey** für die Minorität durch **De Ret** einzuführen.

Das königliche Dekret

wurde am Mittwoch in der Radikaltagsitzung der Deputiertenkammer vorgelesen. Wir geben über die bewegte Sitzung nachstehenden telegraphischen Bericht:

Haus und die Tribünen sind dicht besetzt. Ministerpräsident Pelloux zieht die Vorlage betreffend die politischen Maßnahmen zurück und legt das königliche Dekret vom 22. d. M. über dieselbe Frage vor, damit dasselbe durch Kammerbeschluß Gesetzeskraft erlange. Pelloux bespricht den vom Ministerium an den König erstatteten Bericht, welcher dem Erlass des Dekrets vorausging, setzt die Gründe auseinander, welche letzteres veranlaßt hätten und fügt hinzu, die Regierung sei sich vollkommen bewußt, daß die Maßnahmen, zu welchen sie sich unter unserer Verantwortlichkeit entschließen mußte, außergewöhnliche seien, ebenso außergewöhnlich sei aber auch die geschaffene Lage, welche die Kammer hindere, ihre Tätigkeit auszuüben und die Regierung außer Stand setze, die parlamentarischen Arbeiten zu überwachen. Der Weg, welchen die Regierung gewählt habe, um diesem Zustande ein Ende zu machen, welchen die Würde der Kammer und der Regierung nicht länger dulden könnten, scheint ihr der einzige, der zu einem praktischen Resultat führen könne und gleichzeitig auch die parlamentarischen Vorrechte wahre. Die Regierung halte andere Lösungen nicht zur Erörterung geeignet, da sie in irgend einer Weise den Triumph von Systemen bedeuten könnten, welche schließlich zum völligen Untergang der bestehenden Ordnung führen würden. Die Regierung habe alles versucht, bevor sie bei diesem Entschlusse angelangt sei. Man habe sie sogar in der Kammer der schuldhaften Schwäche angeklagt und sie aufgefordert, das Recht der Majorität und die Würde der Regierung zu verteidigen. Das habe die Regierung mit ihren Entschlüssen thun wollen, in der Hoffnung, diesen schon viel zu sehr ausgedehnten Creditkramen, wie dies ja im alleinigen Interesse liegt, ein Ende machen zu können. Es seien zwei ganz gesonderte Fragen, mit denen die Kammer sich zu beschäftigen habe, nämlich 1. mit den Maßnahmen selbst, welche in dem königlichen Dekret enthalten seien, 2. mit der neuen Form, in welcher sie der Kammer unterbreitet werden. Was die Maßnahmen selbst anbetreffe, so bitte die Regierung die Kammer, so schnell wie möglich über diese zu beraten, um dadurch den Beweis zu liefern, daß die Staatsgewalten regelmäßig funktionieren können. Pelloux verlangt schließlich, daß das Dekret an dieselbe Kommission verwiesen werde, welche schon den Gesetzentwurf über die politischen Maßnahmen zu prüfen hatte. (Zustimmung, Beisehung.)

Von nacci ermunert daran, daß er als Justizminister in dem Cabinet di Rudini Maßnahmen vorgelegt habe bezüglich der Vereinigungen, der Presse und der öffentlichen Dienste und daß er die Regierung in dem Kampfe gegen die Obstruktion unterstützt habe; aber heute handle es sich um eine andere Sache, nämlich um politische Rechte und die Würde des Parla-

ments. Redner behauptet, das Dekret sei eine Verletzung der Konstitution. Die Rechte und das Centrum protestieren dagegen, während die Linke lebhaft Beifall flößt, er hoffe, daß die Kammer es verstehen werde ihre Rechte und ihre Würde zu wahren. Sonnacci bringt alsdann folgenden Antrag ein: Die Kammer erklärt das Dekret vom 22. d. M. für **nicht und nichtig** und ta delt die Minister als die Urheber des Dekrets. (Beifall auf der Linken.) Orana erklärt, er habe bisher die Regierung unterstützt, werde es aber nicht mehr thun, weil sie den Konstitutionalismus verletzt habe. Rocito spricht in demselben Sinne.

Ein neuer Spitzelprozeß regt Italien auf. Vor zwei Jahren wurde ein angebliches Attentat auf König Umberto verübt. Von neun Angeklagten wurde aber nur einer: Acciarito verurteilt, alle übrigen freigesprochen. Ähnlich wie bei Lucchini, dem Mörder der Kaiserin von Oesterreich, wollte die Polizei aber durchaus ein Komplott haben, und mit ganz ähnlichen Mitteln hat man durch Spitzelarbeit im Gefängnis ein angebliches oder wirkliches Gesandnis erlangt. Drei der Beschuldigten stehen jetzt vor Gericht, leugnen jedoch vollständig.

Die Lucchini'schen Gefändnisse haben sich bekanntlich als Schwindel erwiesen.

Bei dieser Gelegenheit eine interessante Notiz, die wir dem gestrigen Abendblatt der „Vossischen Zeitung“ entnehmen:

Aus Elsass-Lothringen, 25. Juni. Dem „Lorrain“ zufolge wurde der Bruder Lucchini's, des Mörders der Kaiserin von Oesterreich, in Landorf verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Metz gebracht. Lucchini, der sich für einen Anarchisten ausgibt, soll verschiedene Morde in Frankreich und an der luxemburgischen Grenze verübt haben.

Ein Bruder Lucchini's auch Anarchist, auch Mörder, sogar mehrfacher Mörder. Und diese Notiz steht ganz verdeckt unter dem großen Haufen der Vermischten Nachrichten. Warum verwerft man sie nicht politisch? Warum diese Nichtachtung? Ist ein „Anarchist“, der mehrere Menschen ermordet, etwa ein geringerer Verbrecher, als ein „Anarchist“, der einen Menschen ermordet? Und die von Lucchini ermordete Frau war, obgleich Kaiserin, gewiß keine politische oder weniger eine politische Person, als die verschiedenen von dem Bruder ermordeten Menschen. Warum fruchtlosigkeit man nicht die „verschiedenen Morde“ des Anarchisten Lucchini Nr. 2? Hat man eingesehen, daß die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich kein politisches Verbrechen war? Oder schmerzen die Wunden noch von der Christe des ägyptischen Polizeikomplots? Oder schämt man sich? —

England.

Chamberlains feierliche Rede ist in England nicht so ernst genommen worden, wie außerhalb Englands, wo man Herrn Chamberlain nicht so genau kennt, wie in seiner Heimat, die ihn zwar für einen sehr fähigen Mann hält, aber auch für einen großen Vorkreier, dessen Handlungen nicht nach seinen Worten zu messen sind. Herr Chamberlain hat sich bei dem Jameson-Kaufzug arg kompromittiert, und er kann es Ohm Krüger nicht verzeihen, daß dieser seine faulen Machenschaften mit Rhodes so großartig durchbrust hat. In England glaubt kein vernünftiger Mensch an einen kriegerischen Konflikt mit der südafrikanischen Republik. War ein solcher Krieg schon im Jahre 1881 unmöglich, als England eine blutige Niederlage zu rächen hatte, — so noch in viel höherem Maße heute, wo die öffentliche Meinung noch weit entschiedener gegen eine so schamliche Vergewaltigung Empfinden erheben würde. Ubrigens kennt der besonnene Lord Salisbury seinen Chamberlain und wird ihn nach wie vor an der Stange halten. Die ganze englische Presse äußert sich in friedlichem Sinne. Das Jingoium hat in neuester Zeit beträchtlich nachgelassen, weil es der Väterlichkeit verfallen ist. Man hofft in England auf das Gelingen der Vermittlungsversuche des ausführenden Rats der Oranien-Republik, Herrn Fisher, der seit einigen Tagen in Pretoria weil und der verbündeten Buren-Republik zu gewissen Zugeständnissen bezüglich des Bürgerrechts geraten hat. Die Bürgerrechtsfrage ist bekanntlich der eigentliche Streitpunkt zwischen England und Buren. Die Buren würden, wenn sie allein nach den Goldfeldern ihres Landes irrenden Fremden, namentlich Engländern, ohne weiteres das Bürgerrecht erteilen, in ihrem eigenen Lande bald in der Minorität und für die Annexion an England reif sein. Auf der anderen Seite können die Engländer nicht rechtlos gelassen werden. Hier gilt es, die richtige Mitte zu finden.

Eine Devische vom Mittwoch meldet, daß die Engländer die Insel Tuzat (S) am Eingang der Delagoabai, erworben hätten. Das würde bedeuten, daß die Engländer danach streben, der Buren-Republik den Weg nach dem Meere zu verlegen. Die Nachricht ist bis jetzt unbestätigt.

London, 28. Juni. Die 8. Kompanie des Geniecorps, welche besonders für den Eisenbahnbau ausgebildet ist, hat Befehl erhalten, nach der Kapkolonie abzugehen. Mit demselben Dampfer, auf welchem die Kompanie sich einschiffte, gehen große Mengen von Eisenbahnmateriale mit ab.

Belgien.

Brüssel, 28. Juni. Die heutige Sitzung der Kammer war zu Beginn ziemlich ruhig. Die Rechte und die Linke tauchten scharfe Auseinandersetzungen aus wegen der gestern von der Quästur veranlaßten Sicherheitsmaßregeln. Schließlich, nachdem die hierauf bezügliche Tagesordnung der Sozialisten abgelehnt war, während die Tagesordnung der Rechten, welche das Vertrauen der Wachsamkeit des Vorsitzenden ausdrückte, gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen worden war, wird von der Linken ein Pöbelsturm in Scene gesetzt. Die Sozialisten pfeifen, schreien, blasen auf Trompeten und bringen in die Mitte des Sitzungssaales vor. Der sozialistische Deputierte Guhtenave, ein Arbeiter aus Gent, wird von den Sozialisten durchgehört. Die Saaldierer sind ohnmächtig dagegen und werden in dem allgemeinen Handgemenge hin- und hergestoßen. Minister van den Peereboom, welcher ruhig auf seiner Bank verbleibt, wird von den Sozialisten mit beleidigenden überhäufet, Mörder genannt und als die Ursache alles Übels angeklagt. Der Präsident hebt die Sitzung inmitten eines unbeschreiblichen Durcheinanders auf. Soldaten räumten die öffentlichen Tribünen.

Spanien.

Die Volkskundgebungen in Spanien. In Saragossa haben sich am Mittwoch die Unruhen erneuert. Die Läden sind geschlossen. Die Truppen haben, nachdem sie von den Aufrehrern angegriffen worden waren, geschossen. Eine Person wurde getötet, zwei Personen wurden verwundet. Es wurden dreißig Verhaftungen vorgenommen.

In der Kammer wurde die Regierung wegen ihrer Finanzvorlage, durch welche die Unruhen veranlaßt wurden, und wegen ihres jetzigen blutigen Einschreitens gegen die Kundgebungen scharf angegriffen. Romero Robledo fragt die Regierung, ob sie nicht fürchte, daß die gegenwärtige Bewegung eine Wendung zur Revolution nehme, höher hinaus wolle und zu einem Kampf um Leben und Tod führe? Wenn die Minister unfähig seien, sollten sie anderen den Lauf überlassen. Ministerpräsident Sivela erklärt, bevor man über die Frage der öffentlichen Ordnung verhandelt, müsse man die öffentliche Ordnung wiederherstellen. Hinsichtlich des Budgets erklärt der Ministerpräsident, die Regierung könne keinen Befehl von außerhalb annehmen; das Budget sei eine Lebensfrage. Spanien sei zahlungsfähig; er werde daran arbeiten, es wieder in die Höhe zu bringen und sollte er sein Leben dafür lassen.

Seitens der familiären 80 spanischen Handelskammern treffen in Madrid lange Telegramme ein, welche die Finanzpläne der Regierung als völlig unannehmbar bezeichnen. Hauptächlich verurteilt man die neuen, dem Handel, der Industrie (mit Ausnahme der einflussreichen Minergesellschaften) und der Landwirtschaft auferlegten Steuern als unerschwinglich, während auf der anderen Seite aus-

vom Handelstage geforderten Verminderungen der Verwaltungskosten und die Verbesserungen in der Ausübung der Staatsländereien, Bergwerke und Monopole förmlich Verächtlichung gefunden hätten. Der Handelskammer-Konkurrenz hat daher empfohlen, nötigenfalls durch eine allgemeine Steuererweigerung seitens des Handelsstandes den Rücktritt des Finanzministers Willaverde zu erzwingen. —

Türkei.

Serbisch-türkischer Konflikt. Konstantinopel, 28. Juni. Der serbische Geschäftsträger kündigte gestern im Hildiz-Palast an, die Pforte werde erlucht werden, Aufklärungen darüber zu geben, weshalb in der Circularnote der Pforte an die Völkerverträger der Name des Königs in die Grenzaffäre hineingezogen worden sei. Die Pforte erwiderte, daß vor Entressen des Berichtes der Grenzkommission eine Verständigung unmöglich sei.

Kanal-Kommission.

In der Kanal-Kommission des Abgeordnetenhauses, die am Mittwochvormittag wieder zusammentrat, hat Abg. Camp einen neuen Antrag eingebracht, der Tarifermäßigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf den Eisenbahnen und eine leistungsfähige Wasserstraße für die östlichen Provinzen fordert. Ein zweiter Antrag des Abg. Camp verlangt von der Staatsregierung eine Erklärung über die Gründe, warum sie die frühere Absicht, den Dortmund-Ems-Kanal von der unteren Ems nach der unteren Elbe weiterzuführen, fallen gelassen habe. In der fortgesetzten Generaldebatte über die Kompensationen erklärt Abg. Schmedding (natl.), er halte die Sachlage nicht für so unklar und verworren wie Abg. Kewolter, und bestreite, daß die Gründe des Kanals zu der von anderen Seiten behaupteten Verwirrung der Sachlage beigetragen haben. Die Vorlage stelle ein großes Reformwerk auf dem Gebiete des Verkehrswezens dar und diese Auffassung breche sich auch immer mehr Bahn bei den Gegnern des Kanals. Beweis dafür sei der neue Antrag Camp, auch für den Osten eine leistungsfähige Wasserstraße herzustellen, wobei auch vom Abg. Camp die Bedeutung der Frage für die Landesverteidigung anerkannt werde. In Bezug auf die Verdrückungen der Abflugsgebiete müsse er sagen: „Je größer der Fortschritt, desto größer die Verdrückung.“ Die Scheidewand zwischen Osten und Westen solle überwunden werden, damit der Osten an der wachsenden Entwicklung des reichen Westens teil nehme. Werde die Scheidewand aufrecht erhalten, so werde der Westen immer mehr nach dem Ausland: Frankreich, Belgien usw. gedrängt, was gewiß nicht wünschenswert sei. Seltener habe Minister v. Miquel erklärt: „Alle diese Forderungen und Kompensationswünsche sind der Regierung längst bekannt, sie braucht darüber keine Verlehung und Verantw.“

Rach dieser Erklärung halte er weitere Debatten für überflüssig und zwecklos. Alle gestellten Forderungen sollten der Regierung einfach als Material überwiesen werden. Abg. v. Arnim (l.): Wenn die Verlehrsmitel im Ruhrgebiet und an anderen Orten nicht ausreichen, so soll dem abgeholfen werden, aber nicht durch einen nur Geld kostenden Kanal, sondern durch Geld bringende Eisenbahnen. Wir Brandenburg haben ein Recht auf den Berliner Markt, der uns vom Westen und Süden, und dann auch durch Kanalisierung der Oder vom Osten genommen werden soll. Wenn uns nun unsere Abflugsverhältnisse künstlich verdrückt werden, so meinen wir, daß alle berechtigten Wünsche der Provinz Brandenburg um Verbesserung ihrer Wasserstraßen-Verhältnisse und Eisenbahnstrecken sowie in Tariffragen umsomehr Erfüllung heischen. Abgeordneter Graf Strachwitz (S.): Wir müssen nach Landesteilen oder Flussläufen die sämtlichen Kompensationsforderungen sowie die Tariffragen unbedingt an einzelne Unter-Kommissionen zur genauesten Prüfung verweisen. Wenn Minister v. Miquel gesagt habe, er verweise nicht, weshalb die Schlesier bei dem weiten Entgegenkommen der Staatsregierung noch zögern, zugreifen, so müsse er sagen, er verweise nicht, weshalb der Minister die Forderung der Schlesier als unannehmbar bezeichne, die Zufriedenheit der Regierung durch Gesetz festzusetzen. Denn die feierliche Zusage des gesamten Staatsministeriums sei doch nicht ausreichend, weil der Landtag bei der Erfüllung des Versprechens mitzuwirken habe. Die Frage der Kanalisierung der Oder müsse entschieden in einer Unterkommission geprüft werden. Wenn die Regierung diese Forderung ablehne, so müßten die ablehnenden Centrumsmitglieder die Vorlage ablehnen. Eine Aufklärung des Abgeordnetenhauses müßten die schließlichen Centrumsmitglieder abhört nicht. Würden die Forderungen der Schlesier angenommen und vollst befriedigt, dann wäre es möglich, daß sich eine Mehrheit für Annahme der Vorlage im Plenum finde. Ministerialdirektor Schulz: Es steht technisch noch nicht fest, ob die Forderung der Schlesier, Schiffbarmachung der Oder für Schiffe von 450 Tonnen, überhaupt ausführbar sei. Weil jene technische Unsicherheit betreffend Stauweiche etc. noch vorhanden sei, könne derzeitiges gar nicht ins Gesetz aufgenommen werden. Abg. Camp (natl.): Graf Strachwitz scheint zu meinen, die ganze Sache sei bloß eine „schleierische Frage“ und eine Sache der westlichen Provinzen, und wenn Schlesien und der Westen sich verständigt hätten, müßten die anderen Provinzen sich ruhig fügen. Eine solche Auffassung rufe in den anderen Provinzen die tiefste Mißstimmung hervor. Die östlichen Provinzen würden in ihrer Gesamtheit geschädigt und müßten in ihrer Gesamtheit Kompensation fordern durch leistungsfähige Wasserstraßen, falls die Mittellandkanal-Vorlage Annahme finden solle. Wollte man mit Kanalbauten anfangen, so könne man ja auch im Osten damit anfangen, und zwar aus Gründen, die doch auf der Hand lägen. Minister v. Miquel: Wohin alle diese Forderungen der verschiedenen Provinzen und diese Verhandlungen führen sollen, könne er nicht einsehen. Wollte die Kommission untersuchen, welche Forderungen wirklich Kompensationsforderungen seien, die anderen abzulehnen und die nach Meinung der Kommission begründeten, mit dem Mittellandkanal zusammenhängenden Forderungen der Regierung überweisen, so werde ja dann die Regierung sehen, welche Antwort sie geben solle, aber jetzt könne die Staatsregierung diesen verschiedenen Forderungen gegenüber in der That keine Erklärungen abgeben. Abg. Vetsch (C.) verwarf die schließlichen Abgeordneten gegen den in der Presse erhobenen Vorwurf, daß sie durch die Gewährung ihrer Forderungen für die Zustimmung zum Mittellandkanal sich laufen ließen. Lediglich sachliche Gründe seien ihnen maßgebend. Die Schlesier müßten entscheiden die Kanalisierung der Oder und die Erfüllung der übrigen gestellten Forderungen verlangen. Einige freilich würden auch nach Erfüllung dieser Forderungen genötigt sein, gegen den Kanal zu stimmen. Abg. Dr. Lieber (C.): Das Centrum habe sich nur durch die wichtigsten sachlichen Gründe zu dem Antrag auf Zurückweisung der Vorlage an eine Kommission bestimmen lassen. Gerade die Gegner dieser Maßnahme hätten davon ausgiebig Gebrauch gemacht, um ihre Kompensationsforderungen geltend zu machen. Nachdem die Regierung einmal auf den Boden der Kompensationen getreten ist, müssen auch andere solche Forderungen sachgemäß geprüft werden. Er persönlich sei ein entschiedener Freund des Mittellandkanals und bedaure, daß die Regierung sich überhaupt auf den Kompensationsstandpunkt eingelassen habe. Das Abgeordneten- und auch das Herrenhaus hätten doch wiederholt auf den Ausbau des Kanalsystems gedrungen, die jetzige erste große Vorlage sei die Konsequenz dieser langjährigen Anregungen. Jetzt müsse praktisch in die Prüfung aller Ansprüche eingetreten werden, ähnlich wie im Konkursverfahren müßten die Forderungen gesichtet werden nach dem Gesichtspunkte, ob sie wirklich Kompensationen sind. Er beantrage die Einsetzung einer Subkommission, um gleicham ein Tableau aller Kompensationsforderungen aufzustellen. Nachdem Abg. Stengel (H.) nachzuweisen verucht, daß früher nicht an einen Mittellandkanal gedacht worden sei, wird die Generaldebatte geschlossen und eine viertelstündige Pause gemacht, damit die Fraktionen sich über den Antrag Lieber verständigen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt sich Abg. Dr. Barth (fr. Gg.) gegen

die Subkommission, die Verhandlungen würden durch eine solche nicht verlegt, vielmehr verlängert und verschleppt werden. Die Frage über Verdringung und Art der Kompensationen lasse sich gar nicht durch Gründe entscheiden, sondern sei eine politische Frage. Abgeordneter Schindler pflichtet diesen Ausführungen bei. Graf Limburg-Silrum ist ebenfalls gegen die Subkommission, besonders mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Regierung. Graf Strachwitz meint, die Wünsche der technischen Regierungsdirektoren könnten nicht anders als in einer Subkommission geprüft werden. Der Antrag auf Einsetzung einer Subkommission wird darauf mit 19 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Es wird sodann mit 14 gegen 12 Stimmen beschloffen, auch über den zweiten Teil der Kommissionsberatungen dem Plenum schriftlichen Bericht zu erstatten, und die nächste Sitzung: Beginn der Spezialberatung auf Freitag, 30. Juni, vormittags 9 Uhr, anberaumt.

Das Ministerium Waldeck-Rousseau vor dem Parlament.

Paris, 27. Juni.

Die Republik hat eine entscheidende Schlacht gewonnen. Das so schwer bedrohte Ministerium der republikanischen Verteidigung hat eine kleine, aber desto treuere und entschlossener Mehrheit von 263 gegen 237 Stimmen erhalten. Denn es ist eine ausschließlich republikanische Mehrheit, wie man sie vielleicht nur zu den Zeiten des Boulangerismus gesehen hat. Sein einziger verdächtiger Republikaner findet sich darunter. So gleichartig und gleichgerichtet in Bezug auf die nächsten Regierungsaufgaben die republikanische Mehrheit ist, so lunterbunt ist ihrer Zusammensetzung und ihren Absichten nach die Minderheit — eine augenblickliche Koalition aller Feinde der Republik mit den bewußten oder unbewußten Vertretern an der Republik, ein Sammelmilieu von Monarchisten, Nationalisten, Antisemiten, Melancholischen Akerrepublikanern und einigen radikalsten Renegaten.

Noch bedeutsamer vielleicht als die Kammermehrheit ist das der Regierung — ohne jegliche vorherige Debatte! — vom Senat gegebene Vertrauensvotum, das mit 187 gegen bloß 25 rein monarchistischen Stimmen votiert wurde. Zählt man die Regierungstimmen in Senat und Kammer zusammen, so erhält man ungefähr die republikanische Mehrheit, die in der Nationalversammlung den Präsidenten Loubet gewählt hat.

Melne, der jenerzeitige Drahtzieher des Aufsturus auf das republikanische Ministerium, hatte sich schon sozusagen auf den Einzug ins Elisee eingerichtet. Anstatt dessen erlitt er eine Niederlage, von der er sich nicht so bald erholen wird. Vor der Kammerprüfung hieß es, er werde endlich sein Spiel aufdecken und die realistischen Truppen persönlich ins Feuer führen. Er hat es aber ebenso wenig gewagt, wie sein immerhin viel tapferer Bundesgenosse, der Monarchist de Cassagnac, welcher letzterer seine Interpellation zurückzog, um nicht, wie er ausdrücklich und treffend sagte, den Sieg des Ministeriums zu erleichtern.

Alle Rufen und Liden von Melne und Konjunkten scheiterten an dem festen Entschluß der Republikaner, die Republik vor der prätorianischen Gefahr zu retten und, was dasselbe ist, den Posten des Präsidenten der Republik nicht an Melne auszuliefern.

Der Erfolg des Ministeriums wurde angebahnt durch seine ersten Maßnahmen. Mag sein, daß die prätorianischen Offiziere, die in Wort und Schrift nicht nur gegen die Disziplin, sondern auch gegen die Republik sich vergangen, viel verderb hätten angefangen werden sollen. Dasselbe gilt von den beiden Chefs der Staatsanwaltschaft, Bertrand und Heullouen, die im Dienste der Fälscherbande die Justiz und die Republik profituriert haben. Die militärischen Prätorianer wurden bloß verlegt, die gerichtlichen mit anderen nur dem Gehalt nach minderwertigeren Posten versehen. Aber ein anderes Ministerium hätte nicht einmal diese Maßnahmen gewagt, die übrigens von den Betroffenen schwer empfunden werden. Die Hauptsache ist die, daß die neue Regierung vom ersten Augenblick an durch die That den Entschluß bekundet hat, der prätorianischen Anarchie ein Ende zu setzen. Und die paar Maßnahmen haben gewirkt. Die „Armee“ ist endlich verstummt. Man hört nichts mehr von skandalösen Tagesbefehlen, die in den letzten Wochen tagtäglich dem republikanischen Gesetz Hohn sprachen.

Ferner hat Waldeck-Rousseaus Regierungsantritt genügt, um eine für den 25. Juni geplante nationalistische Schilderhebung im Reime zu ersticken. Der tapfere Déroulède verzichtete auf den Plan, wie Cassagnac auf seine Interpellation, aus „politischen“ Gründen, um dem Ministerium nicht zu einem Siege in der Kammer zu verhelfen. Heute erklärt Déroulède, nicht mehr durch diese taktischen Gründe gebunden zu sein. Er wolle daher seine „Aktionsfreiheit“ voll und ganz ausüben. Nur zu! Er würde dadurch lediglich das Ministerium weiter besessigen. Diesmal hat er auf seine mitschuldige Regierung zu rechnen, wie zu Dupuy's Zeiten.

In der ministeriellen Deklaration eruchte Waldeck-Rousseau das Parlament, die Regierung nach ihren Thaten, nicht nach ihren Versprechungen zu beurteilen. Die beste Bürgschaft für die Aufrichtigkeit seiner Worte besteht darin, daß die Regierung unter der Strafe des sofortigen Selbstmordes gezwungen ist, auf dem begangenen Wege fortzufahren.

Somit ist an der Deklaration der im allgemeinen etwas unsichere Ton anzusehen, sowie namentlich das ganz unerwartete tiefe Kompliment an die Armee, „den Stolz der Nation“ usw. Doch auf Worte kommt es in der gegenwärtigen Situation am wenigsten an. Man hat übrigens gesehen, was die zwei letzten Ministerien Brisson-Cavaignac und Dupuy aus ihren energischen Deklarationen betreffs der „Oberhoheit der Zivilgewalt“ gemacht haben. Die schöne republikanische Formel wurde insbesondere von Dupuy mit einem solchen Echnismus Lügen gestraft, in den Kot gezerrt, daß die neue Regierung mit Recht jene Formel durch die praktische Betätigung der Aufrechterhaltung der Disziplin erledigt.

Die Haltung der Sozialisten in der gestrigen Kammerführung entspricht der Verwirrung, die das Zusammenstehen von Millerand und Gallifet in demselben Ministerium innerhalb unserer Partei verursacht hat. Die sozialistische Partei spaltete sich in zwei Hälften. 18 Sozialisten (abgesehen von Minister Millerand) stimmten für das Ministerium, 18 enthielten sich der Abstimmung.

Hervorzuheben ist, daß die quersittlichen Abgeordneten, die einen Tag vorher im Widerspruch zu ihrer früheren ministerfreundlichen Erklärung mit dem Nationalrat der Arbeiterpartei gegen das Ministerium Stellung genommen hatten, in der Kammer doch teilweise für das Ministerium stimmten, während der andere Teil sich enthielt. Jaures erlitt darin einen Beweis für die Notwendigkeit einer einzigen, allumfassenden Partei-Organisation, da ja die einzelnen Organisationen sich ohnmächtig erweisen, selbst in ihrer eigenen Mitte eine einheitliche Aktion durchzuführen.

Die sozialistische Fraktion ist nun bis auf weiteres in zwei bzw. drei Teile gespalten: die „sozialistisch-revolutionäre Gruppe“ der 13 Blanquisten und Allemanisten, die „parlamentarische Fraktion“ der französischen Arbeiterpartei, aus ebenfalls 13 quersittlichen Abgeordneten bestehend, und die übrigen 10—11 leiner bestimmten Richtung angehörenden Abgeordneten. Die ersten zwei Gruppen werden übrigens, auf Initiative des quersittlichen Parteivorstandes, mit einander in enger Fühlung bleiben.

Paris, 28. Juni. Wie das Blatt „Pöit Bleu“ berichtet, sagte Präsident Loubet gestern einem Deputierten, welcher auf die unläufigen Gerüchte bezüglich einer eventuellen Demission des Präsidenten anspielte: „Wenn man mir solche Absichten zumutet, leimt man mich schlecht. Ich bin ohne das geringste Vergnügen ins Elisee eingezogen, werde aber nicht zum Vergnügen anderer von hier fortgehen.“ Dem „Sicéle“ zufolge weigert sich der General-Vorstand der Budgets, Pelletan, die Verleumdung über die Vorlage bezüglich der indirekten Steuern zu übernehmen, um dadurch die von der Regierung geplante vorgezogene Schließung der Kammer zu verhindern. — Der Kriegsminister General Gallifet hat den dem Kriegsministerium zugeteilten Offizieren verboten, den Zeitungen irgend welche Mitteilungen zu machen. Die Offiziere müßten sich mittels Nachschreibern dieser Verfügung nachzukommen. —

Generalversammlung des Verbandes der Graveure, Ciseleure und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Leipzig, Hotel Stadt Gotha, 25. Juni.

Der Verbandsvorsitzende Brückner eröffnet die Versammlung am 25. Juni, nachmittags 1/3 Uhr. Er begrüßt in herzlicher Weise die anwesenden Delegierten.

Hierauf wird zur Bildung eines Bureaus geschritten; sodann werden die Kommissionen gewählt und hierauf die Sitzung bis Montag vertagt.

Montag, den 26. Juni 1890.

Brückner eröffnet die Versammlung um 9 Uhr. Zum Bericht des Vorstandes erhält Brückner das Wort und giebt derselbe in längerer Ausführungen ein genaues Bild über seine bisherige Thätigkeit. Es beteiligen sich mehrere Delegierte an der Debatte, und bemängelt Leidner einiges an der Thätigkeit des Vorsitzenden, vor allem wendet er sich gegen die Agitationsreisen des Verbandsvorsitzenden, indem dieselben zu teuer kämen und den gewünschten Erfolg nicht hätten. Die Ausführungen Leidners stießen auf allgemeinen Widerspruch. Werner-Pladeberg betont, daß die dortige Jahrsliste von 34 Mitgliedern hauptsächlich durch die mündliche Agitation Brückners gegründet sei. Darauf giebt Grill als zweiter Vorsitzender seinen Bericht und lag dessen Thätigkeit hauptsächlich darin, Kollegen und Orte ausfindig zu machen, mit welchen er in Korrespondenz treten kann. Redner bedauert das geringe Interesse, welches ihm seitens mancher Kollegen entgegen gebracht wurde. Auch kritisiert er in scharfer Weise das Verhalten mancher Gewerkschaftskartelle seinen Bemühungen gegenüber.

Siewert giebt dann seinen Bericht als Hauptkassierer. Die Einnahmen betragen 22 670,45 M., die Ausgaben 14 183,34 M., bleibt demnach ein Bestand von 8506,81 M. Thurov (Kontrollkommission) giebt seine Zufriedenheit über die Thätigkeit des Kassierers kund, nur bemängelt er einige Fehler der Filialen betreffs Unterstützungen zu Ungunsten der Verbandskasse. Auch giebt er seinem Unwillen darüber Ausdruck, daß Dresden in einem Vierteljahre mit 69 Marken abgeschrieben habe. Die Entlastung des gesamten Vorstandes erfolgt einstimmig. Den Bericht der Kontrollkommission giebt Thurov; er empfiehlt den Bevollmächtigten, darauf zu achten, daß von den Mitgliedern die Frist der Beitragszahlungen von spätestens acht Wochen innegehalten wird, damit seine Retrücker betreffs der Unterstützungen gemacht werden können.

Es folgen sodann die Berichte der einzelnen Delegierten, und nehmen hierzu fast alle Delegierte das Wort. — Zum 6. Fachzeitung. Leidner giebt einen genau spezialisierten Bericht über die Fachzeitung und stellt in seinen Ausführungen die Thätigkeit eines Redakteurs für einen in Arbeit stehenden Kollegen als zu empfehlend hin. Auch beklagt er die laue Mitarbeit der Preßkommission. Berger (Preßkommissions-Mitglied) giebt die Schuld an derartigen Mifständen den persönlichen Differenzen in Leipzig. Hierauf giebt Seltenshorn Bericht über die am Sonntag gewählte Siebener-Kommission und schlägt zum Schluß eine Resolution vor, welche in scharfster Weise das Verhalten von zwei Kollegen geißelte, und der Generalversammlung den Ausschluß der beiden aus dem Verband empfahl. Die Resolution wurde bis auf den Passus der Ausschließung angenommen und dafür ein neuer von Brückner vorgelegener Passus, welcher im Wiederholungsfall den Verbandsvorstand ermächtigt, betreffende Kollegen auszuschließen, angenommen.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Unter dem Titel: Die Zukunftsvorlage vor dem Deutschen Reichstage gelangt am Sonnabend die Schrift zur Ausgabe, welche die stenographischen Berichte über die Reichstagsverhandlungen enthält. Es ist ein stattliches Buch geworden von rund 200 Seiten groß Oktav; trotz seines Umfangs ist der Preis nur auf 25 Pf. (Porto 10 Pf.) festgesetzt worden. Vereine, Gewerkschaften und Vertrauensleute, die größere Partien zu Agitationszwecken beziehen, erhalten die Schrift zum Selbstkostenpreis. Von der bekannten Stelle, welche zur Wahlzeit die berechtigten Schwundflugblätter gegen unsere Partei in Millionen von Exemplaren hinausgeworfen hat, werden jetzt aus der famosen Denkschrift zur Zukunftsvorlage auf dem Lande **Auszüge in Flugblattform** verbreitet, unsere Genossen haben daher durch Verbreitung obiger Schrift die beste Gelegenheit, den Lügen und Entstellungen der Gegner in Presse usw. mit dem Gegenbeweis zu dienen.

Totenliste der Partei. Ein verdienstvoller Kämpfer unserer Partei, der Genosse Jakob Peters in Dresden, ist am Dienstag gestorben. Peters war geborener Hofmeister, kam aber schon früh nach Dresden und socht bald mit in den vordersten Reihen der Partei. Er war Tischler, nachdem er aber im Jahre 1872 den Tischlerstreik geleitet hatte, wurde er gemahregelt und mußte, um sich durchzubringen, eine Restauration übernehmen.

Unter dem Ausnahmegesetz hat er tapfer seine Pflicht gethan, fast in allen Versammlungen in dem ersten Jahre des Gesetzes hat er präsidirt.

Das Vertrauen der Genossen berief ihn in den 80er Jahren zu dem Ehrenposten des Kandidaten für den 8. sächsischen Reichstagswahlkreis und den 1. Dresdener Landtagswahlkreis.

In Gera starb der Genosse Hermann Rändel, einer der treuesten Kämpfer für die Partei am Orte, der schon vor 1870 für seine sozialdemokratische Ueberszeugung wirkte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— In 100 M. Geldstrafe wurde Genosse Wolters in Arefeld vom Schöffengericht verurteilt. Er hatte im dortigen Parteiblatt einen Artikel über eine Spinnerei veröffentlicht, durch den sich der Dirlor derselben beleidigt fühlte. Es wurde zwar durch die Zeugenaussage des Vorhandenseins zahlreicher großer Mifstände bewiesen, das Gericht nahm aber an, daß der Artikel „vergehend“ sei.

— Unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Jacobey, war am 30. März von der Strafkammer des Landgerichts I Berlin zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden wegen Verpöschung eines Urteils des Gerichts in Magdeburg gegen den Verleger eines Flugblattes. Die von Jacobey dagegen eingelegte Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die centralorganisierten Zimmerer beschloffen gestern Abend, an die Unternehmer die Forderung eines Stundenlohnes von 65 Pf., sowie die sonstigen bekannten Forderungen in Bezug auf Schutzvorrichtungen etc. zu stellen, jedoch nicht ohne weiteres die Arbeit niedergulegen, sondern eine Verständigung, eventuell vor dem Einigungsamt, mit den Unternehmern anzubahnen. Ein gemeinschaftliches Vorgehen mit der lokalen Richtung ist in die Wege geleitet.

Die Scharwachterpresse an der Arbeit. Den Berl. Neuesten Nachrichten ist es sehr unangenehm, daß der Friede im Baugewerbe durch das Einigungsamt herbeigeführt ist. Das Blatt ist ärgerlich darüber, daß die übrigen Arbeiter des Baugewerbes, die Inger, Zimmerer, Bau- (Hilfs-) Arbeiter dem Beispiel der Maurer folgen und das Einigungsamt anrufen wollen. Das „Einigungsamt“ wird nicht umhin können, was es bei den Steinlegern und den Maurern für recht erachtet hat, bei den verwandten Gewerben für billig anzuerkennen. Die Bauunternehmer aber werden gezwungen sein, die Folgen aus

den erhöhten Produktionskosten auf die Mieter abzuwälzen; thatsächlich sind denn auch schon eine Anzahl Mietssteigerungen erfolgt, für die sich das Publikum bei dem Berliner Gewerbegericht als Einigungsamt zu bedanken hat. Wie weit sich die Ansprüche der Arbeiter in anderen Gewerbezweigen steigern werden, ist noch gar nicht abzusehen. Die Kriegskosten aber hat stets der Konsument zu zahlen. Die Bewilligungspreis des Berliner Gewerbegerichts hat jedenfalls nicht zu einer „Einigung“, sondern zu einer immer wider auslobernden Begehrlichkeit der Arbeiter geführt.

Es ist ja äußerst rührend, daß die „B. N. N.“, die sonst für jede Auspöcherung der Konsumenten durch Hölle, Prämien und durch die Beidreibereien der Truisis zu haben sind, hier einmal ihr Herz für die Konsumenten entdeckt haben. Recht glauben wirs ihnen aber wohl niemand.

Was nun das Vorgehen der übrigen Arbeiter im Baugewerbe anlangt, so haben auch diese wohl in erster Linie eine Befestigung der Löhne und der Arbeitsbedingungen überhaupt im Auge; sie streben Vereinbarungen mit den Unternehmern an in ähnlicher Weise, wie das seitens der Maurer geschehen. Das ist gewiß sehr vernünftig und zeugt von dem friedfertigen Charakter der Arbeiter, und es will uns scheinen, daß die Unternehmer des Baugewerbes gar nichts Besseres thun könnten, als diesen Bestrebungen entgegenzukommen, ja die Eigenart des Baugewerbes, in dem verschiedene Berufsarten neben einander arbeiten, drängt geradezu dahin, auch das die mit den Maurern Zusammenarbeitenden in ein gleiches Verhältnis zu dem gemeinsamen Unternehmer treten. Ein solcher Zustand würde dann zweifellos die gewerblichen Kämpfe auf ein Minimum beschränken.

Es genügt zu konstatieren, daß dies dem Scharwachterblatt unangenehm ist.

Zum Friedensschluß im Baugewerbe nahm der Arbeitgeber-Bund für das Baugewerbe in einer nur schwach besuchten Versammlung Mittwochnachmittag im Architektenhause Stellung. Der Vorsitzende, Baumeister Döbler, gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß das Interesse an der Sache mit dem eingetretenen Friedensschluß für die meisten Bundesmitglieder zu erlahmen scheint. Seine Ausführungen über den mit den Maurern geschlossenen Frieden wurden mit gemischten Empfindungen entgegen genommen. Mehrfach wurden mifällige Zwischenrufe laut, doch wurde das Vorgehen des Bundesvorstandes schließlich gutgeheißen. Eine längere Debatte entspann sich über die zu wählende Revisor-Kommission der Arbeitgeber, die mit einer gleich starken Kommission der Arbeiter künftig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln habe. Der Bundesvorstand hatte eine Kandidatenliste aufgestellt, die neben Maurermeistern auch Zimmermeister aufwies. Diese Aufstellung wurde verchiedentlich bemängelt und die Bildung von zwei Kommissionen (Maurer und Zimmerer) befürwortet. Bei der Abstimmung wurde jedoch die vom Vorstande aufgestellte Kandidatenliste gegen einige Stimmen genehmigt. Gewählt sind demnach die Maurermeister Bredered, Geride, Gerhardt, Heuer und Westphal; außerdem Baumeister Schumann und die Zimmermeister Vartisch, Kallmann und Schröder. — Für den eingerichteten Arbeitsnachweis wurden folgende Beisitzer von der Versammlung bestätigt: die Maurermeister Fahrman, Jeffke, Lenz, Sahland und Löbke. — Der zweite Vorsitzende Westphal empfahl den Kollegen, die Accordarbeit im Baugewerbe auf das notwendige zu beschränken und außerdem auf die Föhre dahin einzuwirken, daß dieselben den Arbeitern beziehungsweise deren Vertretern nicht zu schroff entgegenzutreten. Den Arbeitervertretern soll außerdem eine Legitimation ausgestellt werden, die zum Betreten jeder Baustätte berechtigt.

Deutsches Reich.

Ein Streik der Zimmerleute ist in Jech ausgebrochen. Sie verlangen 38 Pf. Stundenlohn, gegen 34 Pf., die bisher gezahlt werden.

Der Maurerstreik in Gießen ist durch Beschluß des Streikenden am Sonntagvormittag für beendet erklärt worden. — Ebenso wurde der Zimmererstreik in Bremen für beendet erklärt.

Ausland.

Ungefähr 400 Steinhauer haben am Montag in Zürich die Arbeit eingestellt. Zu geheimer Abstimmung erklärten sich 300 Hochvereins-Mitglieder dafür, 50 dagegen. Die Arbeiter fordern Lohnenerhöhung.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Das königliche Dekret in der italienischen Deputiertenkammer. (Vergl. Politische Uebersicht.)

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärt Franchetti, er könne nicht zugestehen, daß die Regierung die Tragweite des Dekretes verkannt habe. Letzteres sei die Folge der Mifachtung der Rechte der Kammer seitens der Mitglieder der Obstruktionspartei. Prinetti stellt entschieden in Abrede, daß das Dekret eine Gewaltthatigkeit sei. Letztere liege auf Seiten der Obstruktionspartei, welche die überwiegende Majorität hindern wolle, die Vorlagen der Regierung zu beraten. (Beifall rechts, Unruhe links.) Sonnino schlägt eine Tagesordnung vor, lautend: Die Kammer nimmt die Erklärungen der Regierung zur Kenntnis und beschließt: 1. das Dekret der Kommission für die politischen Maßnahmen zu überweisen mit dem Auftrage, ihren Bericht binnen 24 Stunden vorzulegen und 2. eine Kommission zu ernennen zur Abänderung der Geschäftsordnung und Herstellung eines neuen Wortlautes, welcher provisorisch ohne weitere Beratung und ohne Abstimmung zwei Tage nach Vorlegung desselben in der Kammer zur Anwendung gebracht werden soll. (Beifall im Centrum und Zwischenrufe.) Gallo bedauert, sein Vertrauensvotum abgeben zu können und bringt eine Tagesordnung ein, welche es befragt, daß die Regierung nur unter Verletzung der Verfassung im Stande gewesen sei, die parlamentarischen Rechte zu beschränken. (Beifall links.) Rudini erklärt entschieden, daß er die Obstruktion energisch bekämpfen werde. Er befreite die Kollage der Regierung, aber es handle sich hier um Dinge, welche sein Gewissen als Politiker und wahrer Freund der bestehenden Einrichtungen beleidigten. Das Einzige, was hätte geschehen müssen, sei eine Reform der Geschäftsordnung, durch welche die Machtbefugnisse des Präsidenten erweitert würden. Was aber das Dekret betreffe, so werde die Kammer ihre Vorrechte zu wahren wissen. (Beifall rechts.) Colombo kann das Dekret nicht billigen, da es durch die Umstände nicht gerechtfertigt war. Fortis schlägt eine Tagesordnung vor, welche das Dekret für ungültig erklärt. Jarnardelli fährt aus, er hätte niemals geglaubt, daß er die Verfassung und die bestehenden Einrichtungen gegen die Regierung würde verteidigen müssen.

Die Kammer beschloß nach einer Rede des Ministerpräsidenten Pelloux in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 138 Stimmen, das Dekret unter der Bezeichnung „In demütig-bill“ an die Kommission für die Beratung der Vorlage über die politischen Maßnahmen zu überweisen.

Gleiwitz, 28. Juni. (W. Z. V.) Der „Oberschlesische Wanderer“ meldet aus Zabrze: Im Ochhammer-Flöy der Königin-Luisen-Grube durchdrangen heute Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr Kohlenoxydgase einen Damm. Die Gase entzündeten sich und explodierten. Elf Mann, die auf der Straße arbeiteten, wurden mehr oder minder schwer verletzt. Die Verunglückten wurden nach dem Knappschafstlazarett gebracht.

Kommunales.

Interpellation wegen der Arbeiterbehandlung auf den städtischen Mieselgütern. Der Stadtverordnete Kreitzing in Gemeinschaft mit noch 18 Stadtverordneten haben folgende Anfrage an den Magistrat in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: Die Unterzeichneten eruchen den Magistrat um Auskunft: 1. Sind die in einigen Berliner Zeitungen gemachten Darstellungen über die Arbeiterverhältnisse und die Unterbringung der Arbeiter auf den Mieselgütern der Stadt Berlin der Wahrheit entsprechend? 2. Welche Maßregeln denkt der Magistrat event. zur Abhilfe der Uebelstände zu ergreifen.

Schulbaracken. Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen Erbauung einer Schulbaracke auf dem Hofe der 100/102. Gemeindegasse in der Reichensbergerstraße hat am Dienstagabend unter Vorsitz des Stadtv. Jden und in Anwesenheit des Stadtrats-Schäfers einstimmig beschlossen, der Versammlung folgende Beschlussempfehlung zu empfehlen: Die Versammlung erklärt sich zur Abhilfe der Schulnot mit der vorübergehenden Errichtung von Schulbaracken im Prinzip einverstanden, erachtet aber das Gemeindegasse-Grundstück in der Reichensbergerstraße 67 zur Errichtung einer solchen Baracke für ungeeignet, lehnt daher den Antrag des Magistrats ab und ersucht den Magistrat um anderweitige geeignete Vorschläge.

Tokales.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagt heute Abend in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 67, Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Reine hat das Referat übernommen. Der hochwichtige Tagesordnung wegen ersucht um regen Besuch Der Vorstand.

Die Bädermission.

Die der hiesige „Christliche Verein junger Männer“ seit einer Reihe von Jahren betreibt, um speziell die Bäder zu frommen und geistigsten Menschen zu erziehen, hat kürzlich einen bemerkenswerten Fortschritt gemacht. Bisher hatte sie sich nur auf Schilke und Gesellen erstreckt. Die Erfolge sind trotz aller Liebe und Sorgfalt, mit der der genannte Verein gerade dieses Sondergebiet seiner Thätigkeit pflegt, doch niemals sehr bedeutend gewesen. Bei den Lehrlingen kommt dem Missionarwerk allerdings der Umstand zu gute, daß es bei vielen Meistern bereitwillige und eifrige Unterstützung findet. Die armen Jungen sind ja ihren Lehrherren gegenüber wehrlos. Sie müssen dem sonstigen oder unfaulen Brud, der von dieser Seite auf sie ausgeht, nachgeben und die von dem Verein für sie veranstalteten Zusammenkünfte, Andachten usw. besuchen, ob sie wollen oder nicht. Die Bädermission „Kontordia“ hat vor mehreren Jahren sogar ihre Fortbildungsschule in die Räume des Vereins gelegt und ihm das Recht gewährt, die Lehrlinge nach Schluß des Tags- und Fortbildungsdienstes noch dazubehalten und mit seinen „Unterrichtsmitteln“ noch besonders zu bearbeiten. Der Erfolg dieser Bearbeitung wird aber durch einen anderen Umstand beeinträchtigt, der sehr bezeichnend für die Lage der Bäderlehrlinge ist. Ein offizieller Bericht darüber (in dem „Monatlichen Anzeiger“ des Vereins) lautet einmal, daß es dem Vortragenden „nicht immer leicht werde“, bei seinen Zuhörern „den Schlaf zu verschonen“; aber man dürfe dies nicht übernehmen, da die Jungen, nachdem sie in der Nacht gearbeitet haben, am Nachmittag eigentlich schlafen sollten. Bei den Gesellen ist die Sache schon erheblich schwieriger. Sie stehen nicht mehr unter der Fingel der Meister und brauchen sich daher nicht mehr in langweilige Bibelstunden schicken zu lassen zu einer Zeit, wo sie ein Recht haben, von ihrer Nacharbeit auszuruhen und „eigentlich“ zu schlafen. Trotzdem kommen auch von ihnen eine ganze Anzahl zu den Andachten, aber die Schwärmerie dauert hier selten lange. — angeblich deshalb, weil Badergesellen viel wandern. Nunmehr hat sich endlich auch ein kleiner Kreis von Badermeistern zusammengeschlossen, um — wie der „Monatliche Anzeiger“ sagt — „regelmäßig das Wort Gottes zu betrachten“. „Wir freuen uns“, sagt das Blättchen hinzu, „von Herzen des verheißungsvollen Anfangs und leben der frohen Zuversicht, daß der Herr Ströme des Segens aus diesem Zusammenstoß hervorgehen lassen wird“. Die Bädermission hat — wie die „Kultur“, die die Kirche und ihr Anhang der Arbeiterklasse angeheben läßt — den Zweck, nicht bloß Heimgängigkeit zu wecken, sondern, wie schon oben bemerkt wurde, vor allen Dingen auch zur Genügsamkeit zu erziehen. Hat der erwähnte Junglingsverein (der übrigens auch viele Männer in schon vorgerücktem Alter unter seinen Mitgliedern hat) das bisher an den Lehrlingen und Gesellen versucht, so wird er nun hoffentlich bei den Meistern denselben Ziele nachstreben. Wenn es dem Verein dabei gelingen sollte, die Berliner Badermeister zu bewegen, daß sie ihre Profitgier etwas mäßigen und den Badergesellen in ihrem Kampfe um eine menschenwürdigeren Existenz weniger Widerstand leisten, dann könnten auch wir — uns des verheißungsvollen Anfangs von Herzen freuen, und wir würden es nur mit Beifall begrüßen, wenn dann das Missionarwerk nach dem ersten glücklichen Versuch auch auf die Arbeitgeber anderer Berufe ausgedehnt würde. Wie leben freilich einzuwirken keineswegs der „frohen Zuversicht“, daß das den christlichen Junglingen und Männern gelingen würde. Wir fürchten vielmehr, daß das alles nur ein schöner Traum ist, und — im Vertrauen gesagt — wir glauben auch, daß es den Deutschen bei ihrer Mission an den Arbeitgebern gar nicht um solche Ziele zu thun ist. Genügsamkeit üben ziemt nur dem Arbeiter, das Vorkrecht des Arbeitgebers ist es, Genügsamkeit zu predigen. Dem Satten wird es besonders leicht und es gewährt ihm eine besondere Befriedigung, andern Leuten Genügsamkeit zu predigen. Wer wäre aber jötter als ein Berliner Badermeister! Die „Ströme des Segens“, die aus solchen Predigten hervorgehen, pflegen in erhöhtem Maße zu bestehen, — falls die Arbeiter einseitig genug sind, der Genügsamkeits-Predigt zu glauben.

Akademische Freiheit in Preußen. Die Mitglieder der Akademischen Lesehalle versammelten sich am Dienstag, abends 8 Uhr, in der Lesehalle hinter der Universität, um zu der vielörterten Angelegenheit der „Socialistischen Monatshefte“ Stellung zu nehmen. Das Direktorium hatte die „Socialistischen Monatshefte“, die von den Redatoren Brimmer und Schmolzer wiederholt aus der Lesehalle entfernt worden waren, wieder auszulassen beschlossen; aber auch der jetzige Rektor, Professor Waldeyer, folgte erötend den Spuren seiner Amtsvorgänger. Er hat die Monatshefte verboten und wiederum ihre Entfernung aus der Lesehalle veranlaßt, damit die feuchsten Mißverständnisse vor diesen socialistischen Götze in Gnaden bewahrt bleiben möchten. In der Versammlung, die sich in teilweise stürmischen Debatten bis gegen 1/12 Uhr nachts hingog, war denn auch der Umwille über das unbedachtigte Vorgehen der Universitätsbehörden allgemein. Man protestierte mit aller Energie dagegen und betonte, daß wohl die Parteistellung der „Monatshefte“ bei dem Verbot mitzuprägen habe. Aber was heute dem einen Organ geschehe, könne morgen ebensogut dem anderen passieren. Hier müsse es heißen: Principis obsta! Schon steht, wie von einigen Redatoren mitgeteilt wurde, das Schredgespenst einer allgemeinen Zensur aller in der Lesehalle ausliegenden Zeitungen und Zeitschriften durch die Universitätsbehörden drohend vor der Thür, und man verkannte nicht, daß die an sich nicht gerade wichtige Angelegenheit leicht zu einer Verschärfung der akademischen Freiheit auf einem der wenigen Gebiete führen könne, wo man heute dem Studenten noch gestatte, in eigener Sache ein Wort mitzureden. Im Zeitalter der lex Krone ist alles möglich! Deshalb konnte auch der Antrag eines Redners, sich geeignetenfalls mit einer Petition an das preussische Abgeordnetenhause zu wenden, nur als eine auf fremmer Unkenntnis unserer parlamentarischen Verhältnisse beruhende Illusion erscheinen. Man nahm schließlich eine Resolution an, die das Direktorium beauftragt, die sachungsgemäßen Rechte der Mitglieder mit aller Kraft zu wahren. Eventuell ist das Direktorium entschlossen, sein Amt niederzulegen, und ob dann etwa einige Privatdozenten sich zur Leitung der Lesehalle bereit erklären und damit ein Odium der ganzen Studentenschaft gegenüber auf sich nehmen würden, dürfte Herr stud. jur. Kantorowicz mit Recht bezweifeln. — Interessant ist noch folgender Zwischenfall: Ein Mitglied des Direktoriums erklärte plötzlich, ein Kriminalbeamter habe draußen Einlaß begehrt, doch sei ihm dieser vom Aufsichtsbekanntem und vom Pedell verweigert worden; die Versammlung werde aber trotzdem polizeilich behütet, da der Beamte draußen umhergehe. Die begreifliche Sensation, die dieser merkwürdigen Erklärung folgte, konnte auch durch die Bemerkung des Vorsitzenden, Herrn stud. Wrederec vom Verein Deutscher Studenten, nicht abgeschwächt werden, der Beamte sei nur zufällig hergekommen, und habe nur gefragt, was vorgehe.

Das agrarische Begehrtheit. Anfang der Woche tagte in der Flora in Charlottenburg der vierte Verbandstag des Brandenburgischen Verbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine. Bei Erstattung des Jahresberichts hob der Kassierer, Geh. Rechnungsrat Fendler aus Eberswalde hervor, daß die Ablieferung der Weiröge eine sehr unpraktische gewesen sei. Infolgedessen müßten ca. 50 M. auf das neue Rechnungsjahr übernommen werden. Es sei dringend nötig, daß die Beiträge pünktlicher abgeliefert würden. Rechnungsrat Dr. Baumert-Epandau beschwerte sich, daß die Sparkassen ihre Kapitalien nicht ausschließlich den Grundbesitzern an ihrem Orte zur Verfügung stellen, sondern ihr Geld oft weit weg verleiht, wenn sie es nur anderwärts gewinnbringender anlegen können. Nach diesem Herrn haben die Sparkassen hauptsächlich den Zweck, den Hausbesitzern billige Hypotheken zu verschaffen. Am interessantesten waren die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden, Laurat Weveling aus Eberswalde. Der Herr meinte, die Hausbesitzerverbände müßten sich mehr rühren, sie müßten sich den Bund der Landwirte zum Rufser nehmen, wie diese Wanderredner ausfinden und es sich nicht verdrücken lassen, in den Landes-, Städte- und Provinzialvertretungen ihre Interessen kräftiger zu wahren und zu fördern, und so gut wie es Herzog, Krawalle- und Landwirtschaftskommissionen gebe, ebenso gut müsse man, führte Redner unter großem Beifall aus, auch Hausbesitzerkammern erlangen, als Organe der Hausbesitzer bei den Behörden. Von Münsterlammern wollen die Universitäten natürlich nichts wissen, so wenig wie die Mitglieder des Bundes der Landwirte von Landarbeiterkammern. Da heißt es auch: „Ja, Bruder Bauer, das ist ganz was anderes.“

Seminar für orientalische Sprachen. Die drei ersten Frauen sind in diesem Sommerhalbjahr als Studierende beim Seminar für orientalische Sprachen eingeschrieben. Eine der Damen treibt Russisch, die beiden andern gehören der spanischen Klasse an. Die Gesamtzahl der Studierenden beträgt gegenwärtig 118. Darunter sind 73 Juristen. Von diesen sind 60 Dragomanen-Aspiranten (17 allein für Chinesisch); 8 haben die Diplomprüfung schon bestanden. Weiter zählen wir unter den Studierenden 14 Angehörige der philosophischen Fakultät, Lehrer und Gelehrte, 22 Kaufleute, Privatpersonen und Beamte, 7 Offiziere, 2 Mediziner. Auch ein bekannter Schriftsteller und früherer Berliner Redakteur gehört dem Seminar an, er treibt Russisch. Es bestehen jetzt 13 Klassen, die sich folgenden Fächern erziehen: Die Vorlesungen über Realien hören 41 Seminaristen; am Englisch beteiligen sich 28, Chinesisch lernen 22, Arabisch 20, Türkisch 13, Russisch 12, Japanisch 10, Spanisch 8, Neugriechisch 7, Ungarisch 5, Persisch und Hindustani je 3, andere Kolonialsprachen 5.

Ein neuer Fall Bräsenwisch? Unter dieser Schmarke schreibt die „Berl. Ztg.“ zu der gestern von uns mitgeteilten Angelegenheit des Heizers Luttas: „In der Nacht zum Sonntag wurde in das Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße ein Eisenbahnarbeiter eingeliefert, dem ein vom Rücken ausgehender Stich den ganzen Körper durchbohrt hatte. Wie uns mitgeteilt wird, hatte der Beamte im trunkenen Zustande in der Lützowstraße drei Offiziere durch Redereien belästigt. Der eine von ihnen hatte darauf seinen Säbel gezogen und stieß ihn dem Liegenden durch Rücken und Hinterleib. Civilpersonen brachten den schwerverwundeten Beamten nach dem Krankenhaus, wo er auf Tod und Leben daniederliegt. So der Sachverhalt, wie er uns von glaubwürdiger Seite dargelegt wird. Unsere Recherchen über den Fall sind noch nicht abgeschlossen; wir nehmen deshalb zunächst davon Abstand, die uns bekannten Namen der beteiligten Personen zu nennen.“

Auf eine beachtenswerte Information stützt sich die „Deutsche Tageszeitung“, welche in der Sache schreibt: „Geisteskrank scheint ein Heizer Hermann Luttas vom Potsdamer Bahnhof zu sein, der mit Stich- und Hiebverwunden in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht wurde und behauptet, in der Potsdamerstraße habe ihn ein Offizier ohne weiteres mit dem Degen so übel zugerichtet, als er an ihm habe vorübergehen wollen. Die Ermittlungen werden noch fortgesetzt.“ Es ist schade, daß die „Tisch. Tagesztg.“ nichts von den Thatfachen bringt, die sie zu der Mutmaßung berechtigen, daß man es in Luttas mit einem Geisteskranken zu thun habe. Da der Fall zu ernst ist, als daß man annehmen könnte, das Blatt habe sich in Spekulationen der Geisteskrankheit aus den Fingern gelassen, so kann man wohl erwarten, daß es bald mit weiteren Mitteilungen über die Angelegenheit aufwartet.

Der neue Uferweg zwischen der Gertraudenbrücke und der Wallstraße ist gestern endlich dem Verkehr übergeben worden. Längs der Ostfront des Kaufhauses Spittelmarkt ist der Weg massiv ausgeführt, während er von dort bis zur Wallstraße vorläufig in Holz hergestellt worden ist. Die massive Ausführung auch dieses Teils wird zugleich mit der geplanten Verbreiterung der Wallstraße erfolgen.

Der schwere Einbruch, der im Inspektionsgebäude der Reichsbahn der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn zu Straßau, Markgrafendamm, verübt war, ist durch einen Zufall entdeckt worden. Zwei junge Kaufleute fanden vor einem Hause der Woulardstraße in Berlin drei in Zeitungspapier eingewickelte Sparfassenbänder, die sie sofort bei der Polizei abliefern. Die Sparfassenbänder, deren Summe etwa 200 M. betrug, lauteten auf die königliche Werkstätten-Inspektion I Berlin, der sie zurückgeschickt wurden. Man war sehr erstaunt, wie die Bänder abhanden gekommen sein konnten, und als man sich daran machte, das Kull, in dem sie aufbewahrt werden, zu untersuchen, entdeckte man, daß dasselbe erbrochen, die darin nur leicht angeschraubte Koffette losgerissen und deren Inhalt, 3000 M. in Stadtobligationen, 80 M. bares Geld und die wiedergefundenen Sparfassenbänder, gestohlen worden waren. Die Gelder kamen größtenteils aus Beiträgen, welche Herr Sanitätsrat Dr. Barckhoff zum Nutzen der Witwen und Waisen verstorbenen Handwerker und Arbeiter der genannten Werkstatt gestiftet hat. Der Dieb muß in der Nacht von der neu

angelegten Bahnbrücke aus durch die Fenster in das Inspektionsgebäude eingestiegen sein. Die Thatsache, daß der Thäter sämtliche Kulte, die Wertgegenstände nicht enthielten, unberührt ließ, läßt darauf schließen, daß er mit den Verhältnissen genau vertraut war. Ein Betrag von 400 M., das Ergebnis eines von den Arbeitern zum Nutzen der Stiftung kürzlich veranstalteten Sommerfestens, ist dem Einbrecher zufällig entgangen. Die von der Polizei angestellten Recherchen haben ein Resultat bisher nicht ergeben.

Zu der Diebstahlsangelegenheit im 85. Polizeiviertel berichtet ein hiesiges Blatt: Während einerseits behauptet wird, daß die der Diebstahl Angeklagten die Räuber auf Verhinderung entnommen hätten und sich eines unredlichen Erwerbs umso weniger bemüht gewesen wären, da der Lieferant seinen Handel als einen harmlosen hingestellt hatte, glaubt man auf anderer Seite, den verdächtigen Beamten ein sehr ungünstiges Zeugnis ausstellen zu sollen. Auf dem Polizeiviertel 85 stehen augenblicklich acht bis zehn Fahrräder, deren zum mindesten leistungsfähiger Erwerb den Schuldeuten zur Last fällt. Die Ermittlung der anderen durch die Beamten untergebrachten Räuber dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da es sich im ganzen um 40 bis 50 Räder handelt soll. Der Dieb Schlicker bleibt bei seiner allerdings unvertretenen Behauptung, daß er nicht genug Räder habe liefern können, so sehr sei er von Beamten gebedrängt worden. Unter den beschlagnahmten Rädern befindet sich auch dasjenige, welches der eine Säugmann seiner Braut geschenkt hatte. Es handelt sich übrigens durchweg um junge Beamte, die anscheinend der lockenden Versuchung zum Opfer gefallen sind.

Auf dem Wege der Besserung befinden sich die Poliere und Zimmerleute, die bei dem Gerüstesturz am Neubau der Charité schwer verunglückten. Der Maschinist Richard Kooch aus der Wöhlerstraße, der am leichtesten verletzt wurde, konnte auf seinen Wunsch bereits aus dem Krankenhaus entlassen werden, wenn er auch noch längere Zeit der Schonung bedarf. Lebensgefahr ist auch bei den drei anderen Verunglückten jetzt ausgeschlossen.

Ein gefährlicher Schlafkellendieb scheint ein etwa 20jähriger Bader zu sein, der sich unter dem Namen Rudolf Henning bei einer Frau Bergmann im Hause Fischerstraße 20 eingerichtet und dort vor einigen Tagen dem Wirtinwohner seines Zimmers, einem Kleiner Franz Silvia sowohl um die Garderobe als auch um die Legitimationspapiere betrogen hat. Als der Diebstahl bei der Polizeibehörde angezeigt wurde, stellte sich heraus, daß der Verurteilte sich unter falschem Namen angemeldet hatte und in letzter Zeit überhaupt unter mannigfachen Verwandlungen aufgetaucht ist. So hat er vor einigen Monaten in dem Penier eines wilden Berichterstatters verschiedene Zeitungen mit allerhand zum Teil erfundenen Unglücksmeldungen zu versorgen gesucht. Man nimmt an, daß der Verurteilte zur Zeit mit den gestohlenen Legitimationspapieren neue Schwindereien verübt.

Die Schulmappe als Lebensretter. In große Aufregung wurden gestern Morgen gegen 7 Uhr die Postanten der Landsbergerstraße durch ein schon gewordenes Pferd versetzt, welches völlig ungenutzt den hart belebten Sträßenzug hinunterjagte. An der Ecke der Landsbergerstraße geriet der 12jährige Schüler Georg Jethen in die Gefahr, überfahren zu werden. Unwillkürlich hielt der Kleine seine Schulmappe, wie zum Schutze erhoben, gegen den Kopf. In diesem Augenblick drehte sich das Pferd um, schlug aus und traf die Schulmappe des Knaben mit solcher Gewalt, daß die Mappe zerrissen wurde und der Knabe zu Boden stürzte. Durch die Wüchermappe wurde der Schlag derartig gemildert, daß der Schüler mit leichten Hautabrisuren davonkam.

Der Stadtausschuß für Berlin hat vom 21. Juli bis 1. September d. J. Ferien; während dieser Tage werden Termine zur mündlichen Verhandlung nur in schleunigen Sachen abgehalten werden.

In Untersuchungsarrest abgeführt wurde gestern der Feldwebel Kolonko von der 12. Compagnie des Garde-Regiments. Er, der erst im achten Jahre dient und schon im fünften Dienstjahre etatsmäßiger Feldwebel wurde, steht im Verdachte, mehrfache Unterschlagungen begangen zu haben, und zwar in der Weise, daß er den Leuten der Compagnie nicht immer die volle Löhnung auszahlte; auch sollen ihm noch andere ehrenrührige Handlungen zur Last gelegt worden sein.

Aus der Kaserne. Durch den Hufschlag eines Pferdes verletzt worden ist gestern, Mittwochmorgen um 11 Uhr, der Kürassier Sange von der 4. Eskadron des Garde-Kürassier-Regiments. Dem Pferde war die Dede heruntergefallen. Als Sange diese aufhob, schlug es mit dem rechten Hinterbein aus und traf ihn an der linken Wade. Der Schwerverletzte erhielt sofort ärztliche Hilfe und mußte dann nach dem Garnisonlazarett II zu Tempelhof gebracht werden. — Bei seiner Verletzung in der Bergmannstraße festgenommen worden ist gestern vormittag der Pionier Rydella vom 18. Wiener-Bataillon in Königsberg, der seit einigen Tagen von Charlottenburg aus verhaftet war. Der Reichskumme wurde von der Polizei der Kaserne des Königin-Augusta-Regiments zur Weiterbeförderung nach „Water Anton“ und zu seinem Truppenheil übergeben.

Feuerbericht. Dienstag gegen Abend wurde die Feuerwehr kurz hinter einander zweimal nach Liederstraße 33 gerufen. Im ersten Falle handelte es sich um einen kleinen Dachbodenbrand, der leicht beseitigt werden konnte. Nach dem Abklingen der Wehr stellte sich heraus, daß ein am Dache befindliches Vogelneß durch Funken von dem ersten Feuer in Brand geraten war, wodurch eine zweite Alarmierung notwendig wurde. — Bald darauf mußte die Liederstraße 50 ein Zimmerbrand abgelöscht werden, den ein kleines Kind verurteilt hatte. — Außerdem erfolgte Straßenerstraße 4 ein Kellerbrand und Wölknerstraße 79 ein Küchenbrand. In beiden Fällen wurde man schnell Herr des Feuers.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Von einem jungen Manne wurde gestern früh am Lohndammweg, nahe dem Maybach-Wer, der Arbeiter Busch aus der Rixdorferstraße 72 schwer verletzt aufgefunden. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht, wo er angab, daß er am Dienstagabend auf dem Rixdorferweg von der Beermauschen Fabrik am Schlessischen Busch auf dem Lohndammweg von mehreren Ströchen überfallen und beraubt worden sei. Infolge des Blutverlustes sei er ohnmächtig geworden und wisse nicht, was weiter mit ihm geschehen sei. Die Räuber haben ihm außer dem Taschmesser das Portemonnaie mit 4 Mark Inhalt entwendet. — In der Panierstraße wurde am Dienstagabend ein 6-jähriges Mädchen des Arbeiters Kay von einer Droßke überfahren und schwer verletzt. Nach Angaben von Augenzeugen trifft den Führer der Droßke keine Schuld. — Der zum zweiten Bürgermeister von Rixdorf gewählte Stadtrat Voigt-Danzig hat dem hiesigen Magistrat mitgeteilt, daß er dem Wunsche der Stadtverordneten-Versammlung, seinen Posten schon vor der Bestätigung der Wahl einzunehmen, leider nicht entsprechen könne, da er z. B. noch an seinem jetzigen Wirkungskreis gebunden sei. — Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat hatten bekanntlich vor kurzen eine Kommission niedergesetzt, welche eine Vorlage, betreffend das Verbot gewerblicher Kinderarbeit in unserer Stadt auszuarbeiten soll. Die Kommission hat ihre Arbeiten jetzt begonnen. In gleicher Zeit läßt jetzt auch der Regierungspräsident von Potsdam im ganzen Regierungsbezirk Ermittlungen über die gewerbliche Kinderarbeit und deren Begleiterscheinungen anstellen. — Wegen unbarbarischer Mithandlungen ihres siebenjährigen Stiefsohnes Walter verurteilte das hiesige Schoffengericht die verehelichte Maurer Vertha Bolde geb. Heim zu drei Monaten Gefängnis. Wegen roher Mith-

Handlung desselben Kindes war die W. bereits früher mit einem Monat Gefängnis bestraft worden. Künftig soll der Rabenmutter das Kind entzogen werden.

Der Amtsvorsteher Schmod in Treptow im Kampfe gegen die Arbeiterkassette. Die Vorbeeren, die sich der durch die zahlreichen Prozesse mit den Gastwirten Lindenhan, Grünau und Schmauser-Adlershof bekannte Herr v. Oppen erworben hat, haben es dem neuen Amtsvorsteher in Treptow, wie es scheint, angethan. In derselben Weise wie es Herr v. Oppen bezieht, gegen diejenigen Gastwirte vorzugehen, die in Rücksicht auf ihre Existenz ihre Säle aus der Arbeiterkassette wie den bürgerlichen Parteien zur Verfügung stellen, hat nun auch der frühere Amtsvorsteher von Sadowberg Herr Schmod an den Kampf für Ordnung, Religion und Sitte in seinem neuen Wirkungskreise begonnen. Bisher sind den Gastwirten von Treptow und Dammshulenberg, deren Lokale von der Arbeiterkassette frequentiert wurden, von Amtswegen keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden und alle Beteiligten standen sich dabei sehr gut. Das gute Verhältnis hat infolge der Amtshaltigkeit des Herrn Amtsvorstehers Schmod sein Ende gefunden.

In einer Versammlung der Gastwirte von Treptow und Dammshulenberg, die gestern stattfand, wurde das Vorgehen des Herrn Schmod entsprechend gewürdigt. Durch die Maßnahmen des Amtsvorstehers sind eine ganze Anzahl Gastwirte erheblich geschädigt. Die Abhaltung von Vereinsversammlungen und privaten Festlichkeiten, die nach den bestehenden Bestimmungen gar keiner Genehmigung bedürfen und keiner Beschränkung unterliegen, werden trotz aller Vorstellungen bis höchstens 2 Uhr gestattet und falls der betreffende Gastwirt damit nicht einverstanden ist, die Abhaltung überhaupt verboten. Ueber die verschiedenen Exzesse, welche diejenigen Gastwirte außerdem ausgeübt haben, ist ihre Säle der Arbeiterkassette zur Verfügung stellen, hat der „Vorwärts“ in der Nr. 143 bereits berichtet. Nicht sonderbar sind die Gründe, die Herr Schmod zu diesem Vorgehen Veranlassung gegeben haben sollen. Es wird behauptet, daß in letzter Zeit einige Laternen und Säulen durch das Publikum beschädigt worden sind. Ob dies der Fall ist und ob ein solcher Unfug von den Arbeitern getrieben worden, ist keineswegs festgestellt. Der Herr Amtsvorsteher glaubt, daß eine Festlichkeit nicht länger als bis 2 Uhr dauern dürfe, weil früh morgens andere Wirtschaften schon wieder geöffnet werden, die dann auch noch besucht würden. Diese Forderung ist nicht nur ganz überflüssig, sondern unso unangebracht, als die Teilnehmer an den Festlichkeiten, die in Berlin aufzuhalten, gar keine Folgezeitigkeit um die späte Nachtstunden haben und dadurch geradezu gezwungen sind, sich stundenlang auf der Straße aufzuhalten. Unschlüssig scheint der Wunsch vorzuliegen, die organisierte Arbeiterkassette aus dem Reiche des Herrn Schmod zu verdrängen. Die Wirt, mit wenigen Ausnahmen, würden damit vielleicht auch einverstanden sein, wenn nur ihre Lokale, die jetzt zum weitestgehenden Teil von Arbeitern besucht sind, an deren Stelle eine genügende Anzahl Gäste aus dem „honesten Mittelstand“ und diverse Kriegervereine durch den Herrn Amtsvorsteher zugelassen werden könnten. Da dies aber wohl nicht geschehen wird, so müßten sich die Gastwirte mit schon ein wenig in Opposition zu ihrem Herrn Amtsvorsteher stellen; leicht schien es ihnen nicht zu werden. Die geschädigten Gastwirte bezug der Verein der Saalbesitzer von Berlin und Umgebung wollen sich an den Richter des Innern wenden, um eine Aenderung des jetzigen Zustandes herbeizuführen und außerdem wird von dem genannten Verein in 14 Tagen eine große Versammlung einberufen, die über die weiteren Maßnahmen beraten soll.

Aufgabe der Arbeiterkassette wird es sein, durch die strenge Beobachtung der Lokalität den ziemlich zaghaften Gastwirten gegenüber dem Herrn Schmod das Rückgrat zu reißen.

Die Haltestelle der südlichen Vorortbahn in Sadowberg soll nunmehr doch, nachdem der Magistrat mit der Straßenbahn-Gesellschaft ein bedeutend günstigeres Abkommen getroffen, in die Eisenacherstraße verlegt werden.

Die Gründung einer Töplerinnung für die westlichen Vororte Sadowberg, Wilmerdorf, Sadowberg, Friedenau, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Zehlendorf, Wannsee usw., zu welcher der Landrat des Kreises die Anregung gegeben, wurde am Montag in einer Versammlung zu Lichterfelde beschlossen.

Alterszulagen für Lehrer. Nach dem von der kgl. Regierung zu Potsdam den Schulgemeinden ihres Bezirks zur Kenntnis gebrachten „Verteilungsplan“ des Bedarfs der Alterszulagen-Kasse für das Rechnungsjahr 1890 beläuft sich der Gesamtbedarf an Alterszulagen für den Regierungsbezirk auf 1 918 107 M. Von dieser Gesamtsumme haben die Gemeinden 950 041 M. aufzubringen, während die staatlichen Beiträge 942 057 M. ausmachen.

Friedrichshagen. Die am Dienstag abgehaltene Gemeindevertreter-Sitzung stimmte dem Beschluß des Bezugsauschusses zu, betreffend die Eingemeindung einiger Grundstücke der Kolonie Fischgarten in den Gemeindeverband Friedrichshagen. — Zum Bau des 24klassigen Mädchen-Schulhauses teilte der Vorsteher mit, daß nunmehr die Regierung die Verzeichnisse eingeleitet habe und dem Bau nichts mehr im Wege stehe. Der Gemeindevorstand schlug vor, die Arbeiten öffentlich auszuschreiben und in acht Losen zu vergeben. In der darauffolgenden Debatte regte Genosse Sonnendorn an, die Arbeiten in eigener Regie auszuführen. Die Gemeinde habe in den letzten Jahren viel erbaut und gestiftet. Es sei darum zu empfehlen, doch endlich dieser Frage näher zu treten, damit der Unternehmervorteil der Gemeinde zufalle. Beharre aber die Vertretung bei dem Submissionsverfahren, so habe sie die Verpflichtung, nicht nur den Unternehmern einen Gewinn, sondern auch den Arbeitern auskömmlichen Verdienst zu verschaffen. Die Vertretung dürfe an der Vergabe von Arbeiten nur solche Firmen teilnehmen lassen, welche sich vertragmäßig verpflichten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der von ihnen beschäftigten Arbeiter in Gemeinschaft mit den Nachbarorganisationen der Arbeiter festzusetzen. Komme die Vertretung dieser Forderung nach, so habe sie eine wichtige Aufgabe erfüllt. Auch müsse endlich die Verpflichtung aufhören, daß Mitglieder der Vertretung sich an der Vergabe von Gemeinde-Arbeiten beteiligen. Schon der leiseste Verdacht, daß ein Ehrenamt zur Futterkrippe werden könnte, müßte jeden Vertreter abhalten, in Geschäftsverbindung mit der Gemeinde zu stehen. Die Vertreter Kullmann, Schrammer und Lehmann, sowie Schöbe, Wühl und der Vorsteher traten diesen Ausführungen entgegen. Genosse Barth betonte, wenn die Vertretung die Hebernahme der Gemeinde-Arbeiten in eigener Regie für unannehmbar halte, so seien bei der Ausschreibung in erster Linie die Arbeiterforderungen zu berücksichtigen. Die Bescheide das, so würden die Mißstände des Submissionswesens verschwinden. Auch er erachte es für eine Pflicht der Vertreter, sich nicht an der Vergabe von Gemeinde-Arbeiten zu beteiligen. Bei der Abstimmung wurden die höchst unangenehmen Kritiken unserer Genossen natürlich abgelehnt; man beschloß, die Arbeiten zum Schulbau in acht Losen in der nächsten Woche auszuschreiben. — Einem Gesuch der Firma Bering u. Wähler wegen Legung einer elektrischen Bahn von Berlin nach Friedrichshagen gab die Vertretung zum wiederholten Male ihre Zustimmung, sie forderte aber die Firma auf, endlich darüber Auskunft zu geben, wann und unter welchen Bedingungen der Betrieb der Bahn erfolge. — Auf eine Anfrage des Genossen Sonnendorn, ob es sich bestimme, daß durch den Steinfeyerstreik die Pfostierung der Brestpromenade angehalten werde, erklärte der Vorsteher, daß lediglich die Folge des Poststreiks veranlaßt die Schwierigkeit der Anschaffung der Steine die Pfostierung verzögert habe.

In den Hübnerdorfer Kalkbergen ist heute nachmittag 5 Uhr großer Bergsturz. Der sich dies interessante Schauspiel ansehen will, dem rufen wir, nicht zu spät von Berlin abzufahren, da von einer ab die Hübnerdorfer Dampfer die Hülle der Besucher nicht so häufig befürchten können und viele in diesem Falle erst ankommen, wenn der Berg längst gefallen ist. Man verläßt den Dampfer in Station Sestraße, da von hier aus nur 10 Minuten zu gehen sind.

Gerichts-Beilage.

Vom Pech des Doppelwährungsmannes. Die Kämpfe, die seit Jahren auf dem Währungsgebiete von den Anhängern der Goldwährung und der Doppelwährung ausgefochten werden, klangen in der Verhandlung einer Privatklage wieder, die gestern die 148. Abteilung des Schöffengerichts viele Stunden hindurch beschäftigte. Privatkläger war der Abg. Dr. Arendt. Angeklagte waren der Verfasser des Werkes „Beiträge zur Geschichte der Geldreform“, Dr. Helfferich und der Chefredakteur der „National-Zeitung“ Herr Kühner. Unter Anklage stand eine Anmerkung, die Dr. Helfferich zu den Seiten 345 und 346 seines Werkes gegeben hatte; ferner eine von diesem am 19. Mai 1890 an Dr. Arendt gerichtete Inschrift und ein in Nr. 319 der „National-Zeitung“ vom 20. Mai veröffentlichter, von ihm herrührender Artikel. Es wurden darin Herrn Dr. Arendt „Fälschungen“ vorgeworfen, die er in seiner im Jahre 1880 erschienenen Schrift „Die verfassungsmäßige Doppelwährung“ sich habe zu schulden kommen lassen, indem er bei Angaben hinsichtlich der Goldwährung und bei Erörterung der Gründe der Silberverwertung Thatsachen tendenziös falsch dargestellt, wissenschaftlich falsche Daten gegeben und absichtlich falsche Schlüsse daraus gezogen habe. — Dem Privatkläger stand Rechtsanwalt Gundlach, den Angeklagten standen Justizrat Dr. Sello und Rechtsanwalt Dr. Silberstein zur Seite. Von beiden Seiten wurde mit Lebhaftigkeit und wissenschaftlichem Eifer gekämpft. Dr. Helfferich suchte in eingehenden Darlegungen den Nachweis zu führen, daß sein Urteil, welches er über die Leistungen des Dr. Arendt — nicht über die Person desselben — gefällt, ein berechtigtes sei und dieser thätiglich in seiner Tendenz, der deutschen Währungsreform fälschlich die alleinige Schuld an der Entwertung des Silbers in die Schuhe zu schreiben, in einer wissenschaftlich unzulässigen Weise mit falschen Thatsachen operiert habe. Im Uebrigen verlas Dr. Helfferich eine ganze Reihe von Stellen aus Artikeln des Dr. Arendt, um zu beweisen, daß dieser seit Jahren die Anhänger der Goldwährung in der maßlosesten Weise beschimpfte, sie als Betrüger brandmarkte und ihnen prophezeie, daß ihr „Schwindel“ sich dereinst rächen und sie vor das Forum des Richterstabes der Geschichte zerren werde. Wenn auf solche systematischen beleidigenden Angriffe nur einmal eine scharfe und deutliche Antwort erfolge, so müsse dieser der Satz des § 193 zur Seite stehen. Der Privatkläger gab dem Angeklagten den Vorwurf der falschen historischen Darstellung zurück, suchte die wissenschaftlichen Angriffe derselben zu widerlegen und nachzuweisen, daß Dr. Helfferich ihn wieder bejenes Wissen angegriffen habe. Das Ergebnis der umfangreichen Verhandlung ging dahin: Der Gerichtshof hielt die vom Angeklagten Dr. H. gegen den Privatkläger erhobenen Vorwürfe der objektiven Fälschung nicht für begründet. Der Nachweis sei nicht gelungen, es sei nicht nachgewiesen, daß Dr. Arendt wissenschaftlich oder aus verblendeter Partisanenliebe objektive unrichtige Darstellungen von Thatsachen gegeben oder absichtlich falsche Schlussfolgerungen gezogen habe. Andererseits stehe aber beiden Angeklagten der Satz des § 193 des Strafgesetzbuchs zu und aus diesem Grunde sei auf Freisprechung erkannt worden. Die Kosten wurden dem Privatkläger auferlegt.

Als Opfer der Briefmarken-Sammelnut fanden gestern zwei ältere Postbeamte vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I, um sich auf die schwere Anklage der Amtsunterschlagung zu verantworten. Die Anklage richtete sich gegen den seit über 30 Jahren im Postdienste stehenden Postbeamten Karl Laqua und den seit 15 Jahren angestellten Postkassierer Karl Ullrich. Den Vorwurf führte Landgerichtsdirektor Köstler, die Anklage verteidigte Staatsanwalt Stachow I, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Leop. Meyer und Dr. Schwindt. Beide Angeklagte waren auf dem Briefpostamt 2 bei der Entlastung beschäftigt, wo die vom Ausland eingehenden Briefsendungen darauf zu prüfen sind, ob sie mit richtigen und ausreichenden Briefmarken versehen sind. Laqua war seit 20 Jahren, Ullrich seit 8 Jahren dazulast beschäftigt. Zur Einleitung des Strafverfahrens hat der Umstand geführt, daß seit Jahren massenhafte Beschwerden darüber einliefen, daß von Briefen, die vom Auslande eingingen, Briefmarken und namentlich solche, die einen höheren Wert hatten, abgelöst und verschwinden bzw. durch andere Marken ersetzt waren. Es wurden von der Oberpostdirektion Ermittlungen angestellt, durch welche sich der Verdacht auf den Angeklagten Laqua lenkte. Bei der verantwortlichen Vernehmung durch die mit der Untersuchung betrauten Postbeamten hat Laqua zunächst ein Schuldbekennnis abgelegt, daß er in wenigen Einzelstücken solche Postmarken abgelöst habe. Er hat später dieses Bekenntnis vor Gericht widerrufen und behauptet, daß er nur aus dem Grunde zugegriffen habe, weil ihm berichtet worden sei, daß in diesem Falle die ganze Sache durch eine Disziplinarstrafe abgehan werden solle, und weil er aus Gesundheitsrücksichten jede Aufregung vermeiden wolle. Die Verdachtsmomente gegen den Angeklagten Laqua, der eine bis dahin absolut makellose Vergangenheit hat, haben sich gehäuft. Der Angeklagte ist Mitglied des Philatelisten-Vereins gewesen, behauptet aber, daß er selbst kein Interesse für Briefmarkensammeln gehabt habe, sondern nur für seine verstorbene Tochter, die Sammlerin war, Ankaufgelegenheit haben wollte. Mehrere Postkassierer wollen gesehen haben, daß L. sich mit verschiedenen Briefen verächtlich zu schaffen gemacht habe. Es steht auch fest, daß nach Einleitung der Untersuchung der Angeklagte ein lothbares Briefmarken-Album mit etwa 3000 wertvollen Briefmarken verbrannt hat. Er behauptet, daß dies Album seiner verstorbene Tochter gehört und er es aus Mitleid gegen seine Tochter verbrannt habe, damit deren Sammlung nicht in fremde Hände gelange. — Der Angeklagte Ullrich, der selbst kein Sammler ist, wurde beschuldigt, dem L. Beihilfe geleistet zu haben, er bestreite aber jede Schuld. Ueber die postalische Behandlung der in Frage stehenden Briefsendungen, namentlich der für den Kaiser bestimmten sogenannten Kabinettsbriefe wurden eine Anzahl von Postbeamten vernommen. Die einzelnen von mehreren Unterbeamten vernommenen Wahreinerkennungen inwieweit der Angeklagte Laqua dazu zu erklären, daß es sich um ganz unbedeutende, mit der ordnungsmäßigen Behandlung der Briefe unverbundene Handgriffe gehandelt habe. Dem Angeklagten Laqua wurde von seinen Kollegen das Zeugnis gegeben, daß er stets ein ungemein großes dienstliches Interesse an den Tag gelegt habe und unter Umständen auch bereit war, kleine Vergehungen anderer auf seine Kasse zu nehmen. Wie aus der Verhandlung hervorgeht, ist die Ablösung von Briefmarken seit der mit Ordnungstrafen geahndet worden, dies ist der erste Fall, der der Staatsanwaltschaft übergeben worden ist, nachdem schon seit den sechziger Jahren gegen einzelne Postbeamte, welche Marken abgelöst hatten, mit größerer Strenge vorgegangen worden war (?). Der Staatsanwalt ist diesmal angerufen worden, weil die Postwertzeichen in großem Umfange verschwanden, unzulässige Beamte verächtlich wurden und unter den Unterbeamten eine ungeheure Erbitterung herrschte. — Frau Laqua bezeugte, daß ihr Mann durch langjährige Krankheit in seiner Energie und Widerstandskraft geschwächt gewesen sei. Die Beweisaufnahme ergab, daß in dem einen Falle, in welchem der Angeklagte eine Markenentwertung zugegeben hatte, dieser überhaupt nicht in der Lage gewesen ist, die Marke weiter zu entfernen. — Staatsanwalt Stachow I hielt den Angeklagten im allgemeinen für stark verdächtig und mindestens in einem Falle für überführt. Er beantragte gegen Laqua die niedrigste Strafe von 3 Monaten Gefängnis, gegen Ullrich Freisprechung. — Rechtsanwalt Leop. Meyer trat mit Entschiedenheit für die Freisprechung des Angeklagten Laqua ein, dessen ursprüngliches erstes Geständnis nicht beweiskräftig sei, da es vielleicht thätiglich nur auf die Ansicht zurückzuführen war, daß durch eine kleine Ordnungstrafe die ganze Sache der Welt gebracht werden konnte. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt betonte, daß gegen Ullrich auch nicht der Schatten eines Schuldbeweises erbracht sei. — Der Gerichtshof sprach beide Angeklagte frei, da er auch bezüglich des Laqua die Sache nicht für genügend angeklagt erachtete.

Eine Sanitätskassette. Im Norden Berlins wurden in diesem Frühjahr viele Mollereien von der Maul- und Klauenseuche

heimgeführt. Nach dem Viehseuchengesetz vom 23. Juni 1880 sind die Inhaber von Mollereien verpflichtet, den Ausbruch dieser Krankheit sofort bei der Polizei anzuzeigen, damit die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden können. Viele Mollereibesitzer haben dies unterlassen, um Störungen in ihrem Geschäftsbetrieb zu vermeiden, zum Teil haben sie sogar die Milch von den kranken Kühen verkauft und sich dadurch zugleich des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig gemacht, da Milch von den erkrankten Kühen besonders den Kindern gefährlich wird. Gestern fand dieserhalb vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I Verhandlung gegen den Mollereibesitzer Eduard Donath statt. Der Angeklagte betreibt die Mollerei in der Müllerstraße mit 12 Kühen. Am 7. April nahm ein Polizei-Tierarzt in seinem Stalle eine Revision vor. Der Beamte fand 4 Kühe von der Maul- und Klauenseuche befallen. Die Krankheit mußte schon mehrere Tage geherrscht haben, denn bei einer Kuh waren die krankhaften Erscheinungen bereits im Verschwinden begriffen. Die Milch war trotzdem täglich verkauft worden, welches um so schwerer ins Gewicht fiel, da der Angeklagte ein Firmenschild mit der Bezeichnung „Sanitäts-Mollerei“ führte. Unter dieser Bezeichnung verfiel das Publikum eine Mollerei, welche von einem Tierarzt überwacht wird. Der Angeklagte hatte hierzu keineswegs einen Tierarzt angemommen und sich selber so wenig um den Zustand seiner Kühe bekümmert, daß er oft tagelang nicht den Stall betrat. Der Staatsanwalt nahm an, daß der Angeklagte recht wohl den krankhaften Zustand der Kühe erkannt und daher nach beiden Richtungen hin wissenschaftlich gefehlt habe. Er beantragte bei der Gemeingefährlichkeit, die in der Pflichtverletzung des Angeklagten liege, eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Der Gerichtshof folgte insoweit den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Leop. Meyer, als nur eine Fahrlässigkeit als vorliegend erachtet wurde. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von insgesamt 150 M.

Der Baunternehmer Richard Hebel aus Rixdorf ist gestern vom Schwurgericht am Landgericht II wegen betrügerischen Bankrotts zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Versammlungen.

Verband der Buchbinder. Die Jahrsliste Berlin hielt am 20. d. M. eine Mitgliederversammlung ab, in der Herr Kupfert einen interessanten, mit Beisatz aufgenommenen Vortrag hielt. Es wurde ferner beschlossen, den Verbandsvorstand zu eruchen, eine größere Summe den ausgesparten in Dänemark zu übermitteln; aus lokalen Mitteln wurden 50 M. zu dem vorgenannten Zwecke, sowie 50 M. für die Steinfeyer und 100 M. für die Wauer bewilligt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß am Sonntag, den 2. Juli, eine Bezirksversammlung für den Norden in der „Berolina“-Festhalle, Schönhauser-Allee 28, stattfindet und wird ein reger Besuch, speziell von Seiten der Lederarbeiter erwartet.

Der Verein der Tischler Berlin und Umgegend (Vertrauensmänner-Organisation) hielt am 21. Juni in Rhedl Salon, Fruchtstraße, seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Dr. Wenzl einen interessanten Vortrag über „Was lehrt uns der Tuberkulose-Kongreß“ hielt. Redner erzielte für seine Ausführungen reichlichen Beifall, und sprach in der darauf folgenden Diskussion Witzler zum größten Teil im Sinne des Referenten. Hierauf schiederte der Vorsitzende Heyden die Arbeiter-Aussparungen in Dänemark und die der Maurer in Berlin und erinnerte die Mitglieder an den am 6. Mai bei Wille gefassten Beschluß betreffend der Beiträge zum Streifenunterstützungsfonds, er hielt es für angebracht, dieselben zu erhöhen. In diesem Zwecke soll in kürzester Zeit eine außerordentliche Vertrauensmänner-Sitzung einberufen werden, um in derselben diese Angelegenheit zu regeln. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, im Süden und Westen Jahrslisten zu errichten. Nachdem noch einige interne Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, folgte Schluß der Versammlung.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher (Zweigverein Berlin). Heute abend 10 1/2 Uhr Versammlung bei Schaller, Rosenbühlstraße 57. „Fachsverhältnis Vortrag.“ Referent: Deigfel — Güte willkommen.

Vermischtes.

Unser Erdfreund. Vor einigen Tagen badeten, wie aus Tilsit berichtet wird, russische Soldaten aus dem Norden Rußland an der Grenze. Ein Offizier führte die Aufsicht. Dieser machte sich dabei das gefährliche Vergnügen, über die Grenze nach Preußen wohl an zehn scharfe Schüsse abzugeben. Es befanden sich gerade diebesten viele Arbeiter nicht weit von der Grenze auf dem Felde. Als diesen nun die Angeln um die Köpfe piffen, mußten sie flüchten und in Gräben und Häusern Schutz suchen. Das Dorf Klobstow liegt etwa 3 km von der Grenze entfernt. Dazudeer im Dorfe haben ebenfalls mehrere Angeln vorbeifliegen hören. Der Vorfall ist dem Landratsamte zu Tilsit gemeldet worden.

Uns Männen wird vom gestrigen Tage berichtet: Die Leichen der beiden abgeklärten Offiziere Freiherrn v. Bonnet und Freiherrn v. Godin, wurden von dem Touristen Lokar Schuster aus Dresden, der mit dem Führer Straßer von der Adersiphe kam, gestern im Gräberfeld aufgefunden. Heute früh sollte unter Herrn Schusters Führung eine zwölf Mann starke Expedition zur Bergung der Leichen von Kuffstein abgehen. Von der Sektion Bayerland des alpinen Rettungsausschusses sind bereits mehrere Mitglieder nach Kuffstein abgegangen, um die Expedition zu ergänzen und die Bergung schnell vor sich zu bringen. Die Adersiphe, 2331 Meter (Rangergebirge), von der vermutlich der Absturz erfolgte, ist der zweithöchste Gipfel des Wilden Kaiser.

Die Leichen der am 2. Januar d. J. am Sufenpach verunglückten beiden Schneeschuhläufer Dr. Ehler (Straßburg) und Dr. Wänichs (München) wurden von einer Seminarliste aus Hofwil, welche einen Wärtler quer über die Junge des Steinaleiters machte, aufgefunden. Die Verunglückten waren in eine tiefe Furche, die einzig gefährliche Stelle auf der Berner Seite, mit Schlamm und voller Anordnung wohl mit einer Schneepfanne gefüllt, wo sie vom Schnee zugebedt wurden und nach Lage der Leichen zu schließen, sofort den Tod fanden. Das nach unten gelehrte Gesicht des Dr. Wänichs ist noch gut kennlich; Dr. Ehler, dessen Nähe nach oben gelehrte waren, war schon stark verwest und von Staubtrocken angegriffen. Die Tagebücher und Chronometer, sowie eine Kasse mit Akubüchlein, ferner Karten und eine Blechbüchse mit Inhalt und Wertsachen wurden der Stadtpolizei in Vern überhandt.

In Sadowaru treiben seit einiger Zeit Rinderäuber ihr Unwesen. In den letzten Tagen sind in mehreren Gemeinden nicht weniger als dreißig Kinder von Räubern entführt worden, ohne daß es den Behörden bisher gelungen wäre, den Entführern auf die Spur zu kommen.

In Jekaterinow wurde in der Villa des Professors Seontien der dort zu Besuch weilende Wirkliche Staatsrat Wachsraw nebst seinem Diener ermordet und beraubt. Von den Raubmördern fehlt jede Spur.

Zu mittleren Rußland haben wolkendunckelartige Regengüsse sehr großen Schaden verursacht. Die Bahnschienen sind vielfach unteripilt, sechs Bahnbeamte sind tot, mehrere verletzt. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abgehalten.
Rekrut 65. Geht und zweites Bataillon in Reise, drittes in Opehn.
Republikaner. Paderborn: Zeitung. Meldungen sind im Rathaus anzubringen.
Waiskauer. 1. Die Krankenlosen. 2. Mit der Doppelversicherung gegen Krankheit verhält es sich folgendermaßen: Ein Krankenlaffen-Ber-

Abrechnungsberechtigter kann niemals gleichzeitig zwei Orts-, Bezirks-, Kreis-, Provinz-, Provinzial- oder Kreisvereine angehören. Sowie jemand zu einer Beschäftigung übergeht, für welche eine Orts-, Bezirks-, Kreis-, Provinz-, Provinzial- oder Kreisvereine besteht, wird er kraft Gesetzes Mitglied der letzteren. Die Mitgliedschaft der Orts-, Bezirks-, Kreis-, Provinz-, Provinzial- oder Kreisvereine tritt kraft Gesetzes in die Mitgliedschaft der letzteren über. Sowie jemand zu einer Beschäftigung übergeht, für welche eine Orts-, Bezirks-, Kreis-, Provinz-, Provinzial- oder Kreisvereine besteht, wird er kraft Gesetzes Mitglied der letzteren.

Der außerordentliche Erzeuger des Kindes ist im landrechtlichen Gebiet Preussens zur Alimentation seines Kindes verpflichtet. Im Gesetz ist kein bestimmter Alimentationszeitpunkt festgesetzt, sondern bestimmt, daß das zu zahlen ist, was für den Vater und gemeinen Bürgerstand die Erziehung eines ehelichen Kindes einschließlich des Schul- und Verpflegungskosten würde. Die Alimentationsverpflichtung fällt in der Regel mit dem vollendeten 14. Lebensjahre fort. Es muß aber der Vater überdies auch das Ver- und Verpflegungskosten zahlen. Die Verpflegung und Erziehung des Kindes muß in der Regel bis zum vollendeten 4. Lebensjahre der Mutter auf Kosten des Vaters übernommen werden. Nach zurückgelegtem vierten Jahre hängt es von der Wahl des Vaters ab, die Verpflegung und Erziehung des Kindes selbst zu befragen oder sie auf seine Kosten der Mutter zu überlassen.

Rechte der unehelichen Kinder werden mit dem 1. Januar 1900 für das landrechtliche Gebiet besser. Mit dem 1. Januar 1900 tritt das Bürgerliche Gesetzbuch für Deutschland in Kraft. Die Mutter des Kindes hat im landrechtlichen Gebiet zu verlangen: Nahrungsgeld und Unterhalt, ferner (schon dem Kind, dem Stande der Geschwängerten angemessene Verpflegung, sowie auch andere durch die Schwangerschaft oder durch das Wochenbett herbeigeführte unvermeidliche Schäden. Ueberhaupt hat die Geschwängerte, wenn sie im Brautstande sich befindet, noch nach ihrer Wahl Anspruch auf 1/2 des Vermögens ihres Brautgatten oder auf lebenslängliche handgemachte Alimentation. Ein Brautgatte wird als vorliegend erachtet, wenn entweder ein gerichtliches oder notarielles Eheverprechen vorliegt, oder wenn das Aufgebot erfolgt ist, oder wenn die Ehe mit Zustimmung der Eltern oder Vormünder, soweit es solcher Zustimmung bedurft, verabredet war, oder wenn in den Fällen, in denen es solcher Zustimmung nicht bedarf, die Verlobung ausdrücklich bekannt gemacht ist, oder in Gegenwart von Bekannten oder Verwandten geschlossen oder erklärt ist; demnach scheint ihrer Tochter ein Anspruch auf volle Alimentation zuzusetzen.

Briefkasten der Expedition.
Nr. 16. Es sind nur noch einige Posten zu haben. Die Mehrzahl ist vergriffen.

Witterungsübersicht vom 28. Juni 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. N. °C	Temp. u. M. °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Temp. u. N. °C	Temp. u. M. °C
Evinende	766	NO	1	heiter	17	17	17	Sapararaba	765	NO	2	wolkig	16	16	16
Hamburg	768	NO	1	bedeckt	13	13	13	Petersburg	769	NO	2	wolkig	12	12	12
Berlin	768	NO	2	bedeckt	13	13	13	Sort	758	NO	3	Regen	16	16	16
Köln	768	NO	2	wolkig	15	15	15	Aberdeen	765	NO	2	bedeckt	13	13	13
München	769	O	4	wolkig	14	14	14	Paris	766	NO	2	bed.	15	15	15
Wien	769	O	3	Regen	14	14	14								

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. Juni 1899.
Wärmer, vielkl. heiter, zeitweise wolkg. bei mäßigen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.
Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 27. Juni 1899
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	D. Gr.	18,30	15,00	Ware	1 kg	1,60	1,10
*) Weizen		18,30	15,00	Schweinefleisch		1,60	1,10
*) Roggen		15,25	12,90	Rohfleisch		1,90	1,40
Futter-Groß		13,30	12,80	Dammfleisch		1,60	1,10
*) Jafer gut		15,00	15,10	Butter		2,40	1,80
*) mittel		15,00	14,50	Eier	60 Stk	3,00	2,20
*) gering		14,40	14,00	Karpfen	1 kg	1,80	1,30
Milchpreis		3,82	3,82	Kale		2,80	1,90
*) Heu		6,40	4,00	Fenster		2,60	1,90
*) Stroh		4,00	2,50	*) Getreide		2,40	1,30
*) Speisebohnen		50,00	25,00	*) Getreide		1,60	0,80
*) Wicken		70,00	30,00	*) Getreide		2,50	1,30
Kartoffeln, neue		6,00	4,00	*) Getreide		1,20	0,80
Rindfleisch, Senle 1 kg		1,60	1,20	Krebse	per Schd	14,00	8,00
do. Saug		1,20	1,00				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsscheite - und umgerechnet nach Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.
*) Kleinhandelspreise.
Produktenmarkt vom 28. Juni. Juli-Weizen machte 0,75 M. nachgeben, während September-Vieferungen nur 0,25 M. niedriger verließen. Roggen konnte sich am Frühmarkt ziemlich gut behaupten, gab aber am Mittagsverkehr schließlich nach etwa 1/4 M. nach. Gang zum Schluss besetzten Regenmeldungen aus Vorpommern die Kurse etwas. Auf dem Weizenmarkt bleibt für Roggenmehl gute Frage, während Weizenmehl offeriert wird. Hafer gab bei schwacher Stimmung um etwa 1/4 M. nach, da die Juniwaren ziemlich beträchtlich sind. Reis verlor sich am Ankerkauf, welcher fast einseitig, hauptsächlich im Geschäftsgange auf arabischen Angebot am Wochenmarkt für Termine um 20 Pf. ab. Angeboten waren 27000 Vierer Weizen, die mit 41,50 M. gehandelt wurden.
Kartoffelmarkt. Berlin, 28. Juni. Beste Kartoffelart per 100 kg. Brutto incl. End - M. Prima trodrene Kartoffelart per 100 kg. Brutto incl. End und Wehl 19,75 M., Supra trodrene Kartoffelart 20,50 M., da Secunda 14,50-17,50 M. Prima Kartoffelart per 100 kg. Brutto 19,75 M., da Supra 20,50 M., da Secunda 14,50-17,50 M.
Städtischer Schlachtviehmarkt Berlin, 28. Juni. Zum Verkauf standen: 225 Rinder, 2280 Kälber, 1848 Schafe, 8418 Schweine. Vom Rindermarkte blieben nur wenige Stücke un verkauft. Der Rinderhandel gehaltete sich ruhig. Bei den Schafen wurde reichlich die Hälfte des Auftriebes verkauft. Der Schweinemarkt verlief ziemlich glatt und wurde geräumt.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Theater.
Donnerstag, den 29. Juni.
Opernhaus. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnen-
seite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn).
Die Fiedlermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Hühner von Toledo.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen. Con-
troleur. Vorher: Zum Einsiedler.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Wahragertin. Hierauf:
Abchiedsoper. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welken. Das goldene Kreuz -
Hierauf: Cavalleria rusticana.
Anfang 7 Uhr.
Central. Hamburger Weiden. -
Hierauf: Wadders Ebenbild.
Anfang 7 Uhr.
Schiller. Der Widder. Anfang
7 1/2 Uhr.
Welle. Alliance. Oafel Brügge.
Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshücheln.
Der Nachschub. Controleur.
Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Nana. Anfang
8 Uhr.
Cfend. Hans, die zweite Frau.
Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang
8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Specialitäten-
Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Speciali-
täten-Vorstellung.
Urania. Tonnenstrasse 48-49.
Neuzeitliche Ausstellungen. Tägl.
10 geöffnet von 10 Uhr vor-
mittags ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: Das Land der
Fjorde. Operntelephon.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich
abends von 5-10 Uhr: Stern-
warte.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum
8 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Von 6 1/2 Uhr ab:
Specialitäten.
Um 8 Uhr:
! Sensationen!
Die Athleten
im
Caféhaus.
Die Kunstschüler
Valmor.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Ferrerozy.
Sonabend, den 1. Juli,
Anfang 8 Uhr:
Gründungs-Vorstellung
des Hamburger
Gross-Dender-Theaters
unter Leitung
des Direktors Ernst Bruder.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten
von Julius Strinde.
Hierauf:
Wadders Ebenbild.
Bauern-Bosse 1 Akt von F. R. G.
Reperitoir für das diesjährige
Wahlspiel: 1899
Pumpenpoch - Hilfsmann
Osnickel - Die Nachtwacht
aus dem Vätergang - Die
Gummel von Hamburg -
Ein alter Bürgergarde -
Die Wette - Hamburger
Dienstmädchen etc. etc.
Das Ensemble besteht
aus 50 Personen.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenhalde 14-15. Künstliche Leitung: Paul Milbich.
Täglich: Großes Garten-Konzert.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Peronnals.
Kur erhellende Kräfte.
Georg Fischer (Viederländer), Karl Garsch (Lang-Parodist), Kati Stöger
(Kostüm-Soubrette), Quitta Bianchetto (Parforce-Quadrillistin), Pütz Larolla
Troupe (Excentriques) etc.
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
In den Resttagen: Großer Ball.
Die Kasse ist geöffnet.
Max Klem.

Statt jeder besonderen Meldung
Seute früh entließ nach längerem
Leiden unser lieber Vater, Schwieger-
vater und Großvater
Eduard Christeller
im 82. Lebensjahre. 130/7
Dies zeigen trauernd an
Dr. Paul Christeller u. Frau.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 2. Juli, mittags 12 Uhr, von der
Leichenhalle des südlichen Friedhofes
in Weissensee aus statt.

Socialdemokratischer
Wahlverein f. den 6. Berliner
Reichstags-Wahlkreis.
Den Parteigenossen zur Nachricht,
daß am Sonntag unser Mitglied, der
Stammernann 247/0
Gustav Ortmann
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donner-
stag, den 29. Juni, vom Moabiter
Krankenhaus, Bismarckstr. 62/63, aus statt.
Um zahlreiche Theilnahme bittet
Der Vorstand.

CASTANS
PANOPTICUM
Die sensationellen
lebenden
Photographien!
mit Figuren in Lebensgröße.
Die russische
Damenkapelle „Mignon“
in moskowlischen Kostümen.
„Dreifuss“ mit 3 Beinen gebor.
lab. Kosakanzpferd.

Central-Theater
Direktion: José Ferrerozy.
Sonabend, den 1. Juli,
Anfang 8 Uhr:
Gründungs-Vorstellung
des Hamburger
Gross-Dender-Theaters
unter Leitung
des Direktors Ernst Bruder.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten
von Julius Strinde.
Hierauf:
Wadders Ebenbild.
Bauern-Bosse 1 Akt von F. R. G.
Reperitoir für das diesjährige
Wahlspiel: 1899
Pumpenpoch - Hilfsmann
Osnickel - Die Nachtwacht
aus dem Vätergang - Die
Gummel von Hamburg -
Ein alter Bürgergarde -
Die Wette - Hamburger
Dienstmädchen etc. etc.
Das Ensemble besteht
aus 50 Personen.

Central-Theater
Direktion: José Ferrerozy.
Sonabend, den 1. Juli,
Anfang 8 Uhr:
Gründungs-Vorstellung
des Hamburger
Gross-Dender-Theaters
unter Leitung
des Direktors Ernst Bruder.
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten
von Julius Strinde.
Hierauf:
Wadders Ebenbild.
Bauern-Bosse 1 Akt von F. R. G.
Reperitoir für das diesjährige
Wahlspiel: 1899
Pumpenpoch - Hilfsmann
Osnickel - Die Nachtwacht
aus dem Vätergang - Die
Gummel von Hamburg -
Ein alter Bürgergarde -
Die Wette - Hamburger
Dienstmädchen etc. etc.
Das Ensemble besteht
aus 50 Personen.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Pilsener. Am Königsdamm.
Größter Konzeptions- und größter Konzeptions-Berlin.
Gente. Donnerstag: Vorlesung
von
Eduard Strauss
Kapell- und Königl. österr. Hofkapell-Musikdirektor
mit seiner gesamten Kapelle
aus Wien.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., reserv. Platz 1 M.
Am Freitag, den 30. d. M.: Großes Abschieds-Konzert.

Central-Arten- u. Sterbe-
liste der Zimmerer etc.
(C. G. Nr. 2, Hamburg.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
das Mitglied der Zimmerer
Gustav Ortmann
am 26. Juni verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 29. Juni,
nachmittags 3 Uhr, vom südlichen
Krankenhaus, Bismarckstr. 62/63, aus statt.
Um rege Theilnahme bittet
Der Vorstand, Bezirk 4.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:
Eröffnung der Opern-Saison.
Der Wildschütz.
Kom. Oper in 3 Akten v. W. v. Forsting.
Freitag, abds. 7 1/2 Uhr:
A Basso Porto. Cavalleria
rusticana.
Sonabend, abds. 7 1/2 Uhr:
Martha.

Apollo-Theater.
!! Stürmischer Erfolg!!
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett
Grigolalis.
Neu! Neu!
Das Deutsche Derby
18. Juni 1899.
Original-Aufnahme von O. Mester.
Ferner: 12 Specialitäten.
Anf. des Garten-Konzerts 7 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater
und beim „Kunstlerbank“, Unter
den Linden 69.

Reichshallen.
Im herrlichen Konzert-Garten
resp. im großen Theater-Saal
täglich:
Stettiner Sänger
(Wesiel,
Peters, Britton,
Siebel, Krone,
Kirschner,
Schreiber
und Schrader).

Schweizer-Garten
Am Königsdamm (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Specialitäten-
Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art.
Freier Damentanz und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist das Stabliement an Vereine zu vergeben

Kr. Vereinigung selbständiger
Barbiere, Friseur u. w.
Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 25. Juni, wurde
unser langjähriges, treues Mit-
glied, ein Mitbegründer unserer Ver-
einigung, der Kollege
1935
Herrmann Hennig
durch den unerwartlichen Tod entziffen.
Wir verlieren in ihm ein außerordent-
liches Mitglied und wird die
Kollegenchaft seiner Feid gedenken.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 30. Juni, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des St. Elisabeth-
Krankenhauses, Prenzlauer-Berg, aus statt.

Metropol-Theater.
Jeden Abend
sensationaler Erfolg!
Berlin lacht!
Berliner Novus in drei Abteilungen.
Hierzu:
Das Press-Ballett
und das phänomenale
Specialitäten-Programm.
Miss Deje, die G Bonhairs,
Frid-Frid, Paul Jählich.
Reizender Sommergarten.
Rauchen in allen Kluben gestattet.
Wochentags Anfang 8 Uhr,
Sonn- und Feiertags 7 1/2 Uhr.

Sommertheater Marienbad
Waldstrasse 35/36.
Regie: Willy Reusch. Direktion:
Max Hekalding.
Gente sowie täglich:
Konzert, Theater- und
Specialitäten-Vorstellung.
Berlin wie's näht und trennt.
Poffe mit Gesang und Tanz
in 2 Akten von E. G.
Nach der Vorstellung: Ball.
In Vorbereitung:
Nofen aus dem Süden.

Victoria-Brauerei
Bühnenstrasse 11/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger
(Führmann,
Horet, Walde).
Anf. Sonntags
präc. 7, wochent-
tägl. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorher: 10 Pf.
Jubiläumskonzert
3 = 1 M.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Wedding-Park
Hallerstrasse 178. Am Wedding-Platz.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Grosses Frei-Konzert,
ausgeführt von der uniformierten Handkapelle unter Leitung des
Musikdirektors Herrn Koch. 1924
Im Saale: **Grosser Ball.**
7 herbedre Sommer-Regeldancen, von denen noch einige zu vergeben
sind. - Volksbelustigungen aller Art. - Kaffeehaus täglich nachmittags
von 4-6 Uhr geöffnet. - Vom 30. Mai ab jeden Dienstag: Auftreten
der Original-Norddeutschen Sänger.
W. Trapp.

W. Noacks Theater,
Brunnenstrasse 16.
Täglich: Konzert, Theater- und
Specialitäten-Vorstellung.
Neu! Die Regimentsnummer.
Poffe mit Gesang in einem Akt
von W. Reichardt.
Novität! Novität!
Der treueste Mann.
Operette in 1 Akt von Carlos Duxow.
Musik von G. Heubly.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

R. Ballschmieders
„Kastanienwäldchen“
Konzertgarten u. Wandhülle
Badstr. 18. Gesundbrunnen. Badstr. 18.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tanz-Konzert.
Sonntags: **Großer Ball** im
neuerbauten Saal.
Empfehle meine Säfte in allen Hof-
festlichkeiten.
R. Ballschmieder.

Victoria-Brauerei
Bühnenstrasse 11/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger
(Führmann,
Horet, Walde).
Anf. Sonntags
präc. 7, wochent-
tägl. 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorher: 10 Pf.
Jubiläumskonzert
3 = 1 M.
Sonntag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Pahlmanns
Vaudeville-Theater
Inhaber F. Schumann,
Schönh. Allee 148, Sophien-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. Specialitäten-Vorstellung.
Sommer-Theater
„Alter Dessauer“
Strickerstr. 32.
Inhaber: A. Ladewig.
Schattiger Garten Berlins.
Täglich: Theater und
Specialitäten-Vorstellung.

Prater-Theater
Anhanien-Allee 7/9.
Täglich: **Dorus Resl.** Volks-
stück mit Gesang u. Tanz von Hugo
Schall, Musik von H. Reschke. Rollen-
soubrette Fr. Vierrath. Gebr. Mlarde,
Grot. Duell. Tauma-Quartett, Gesang
und Tanz. Abdus u. Campion, Red-
ner. Br. Peadry, Hand- und Kopf-
Quadrill. Ballettgesellschaft Böding.
Mr. Harting, lebende Photographen.
Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntags
30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Müderdorfer Strasse 71,
am Röhrender Platz.
Täglich: **Konzert, Theater-**
und Specialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Rinder 10 Pf. Sperrpl. Platzzahl 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Rinder 10 Pf. Sperrpl. Platzzahl 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

St. N. Hoffmanns
Verlag, Berlin O.,
denn Blumenstr. 14,
kein erlösen
von
o. Christ. **Stumm** jeden:
Preis
mit Porto **10 Pf.** Da?
Goyer Kaball. 850b

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung; blau oder braun, Größe M. 1,66, Preis je nach Größe um 10 Pf., blau
oder braun, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Hüten, Unter-
wäsche u. Wäschearten. D. Wursel & Co., Wangelstr. 17.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung; blau oder braun, Größe M. 1,66, Preis je nach Größe um 10 Pf., blau
oder braun, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Hüten, Unter-
wäsche u. Wäschearten. D. Wursel & Co., Wangelstr. 17.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung; blau oder braun, Größe M. 1,66, Preis je nach Größe um 10 Pf., blau
oder braun, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Hüten, Unter-
wäsche u. Wäschearten. D. Wursel & Co., Wangelstr. 17.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung; blau oder braun, Größe M. 1,66, Preis je nach Größe um 10 Pf., blau
oder braun, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Hüten, Unter-
wäsche u. Wäschearten. D. Wursel & Co., Wangelstr. 17.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung; blau oder braun, Größe M. 1,66, Preis je nach Größe um 10 Pf., blau
oder braun, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Hüten, Unter-
wäsche u. Wäschearten. D. Wursel & Co., Wangelstr. 17.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung; blau oder braun, Größe M. 1,66, Preis je nach Größe um 10 Pf., blau
oder braun, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Hüten, Unter-
wäsche u. Wäschearten. D. Wursel & Co., Wangelstr. 17.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung; blau oder braun, Größe M. 1,66, Preis je nach Größe um 10 Pf., blau
oder braun, in allen Größen, M. 1,65. Arbeiterhemden, Hüten, Unter-
wäsche u. Wäschearten. D. Wursel & Co., Wangelstr. 17.

